

**Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 16/1220**

An den Vorsitzenden  
des Finanzausschusses  
des Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Herrn Günter Neugebauer, MdL  
Landeshaus  
24105 Kiel

nachrichtlich:

**Staatssekretär**

Herrn Präsidenten  
des Landesrechnungshofes  
Schleswig-Holstein  
Dr. Aloys Altmann  
Hopfenstr. 30  
24103 Kiel

Kiel, 28.September 2006

**Vorlage des MWV i.S. „Jahresabschluss 2005 der Eichdirektion Nord“**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
der anliegende Jahresabschluss 2005 der Eichdirektion Nord übersende ich mit der  
Bitte um Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Dr. Arne Wulff

Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr |  
Postfach 71 28 | 24105 Kiel

**Staatssekretärin**

Vorsitzender  
des Finanzausschusses  
des Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Herr Günter Neugebauer, MdL  
Landeshaus  
24105 Kiel

über

den Finanzminister  
des Landes Schleswig-Holstein

24105 Kiel

Kiel, 21. September 2006

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

der Finanzausschuss bat das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr den Jahresabschlussbericht der Eichdirektion Nord für das Jahr 2005 zu übersenden, sobald dieser vom Wirtschaftsprüfer testiert und durch den Verwaltungsrat beschlossen worden ist.

Da mir nunmehr der Jahresabschlussbericht vorliegt, komme ich gerne Ihrer Bitte nach und übersende drei gedruckte Exemplare des Berichts. Darüber hinaus habe ich die Versendung des Berichts als elektronische Datei – im PDF-Format - veranlasst. Die Unterschriften des Wirtschaftsprüfers sowie die des Vorstands liegen im Original vor.

Mit freundlichen Grüßen

Karin Wiedemann

Anlage

Exemplar Nr.

**B e r i c h t**  
**über die Prüfung des Jahresabschlusses**  
**zum 31. Dezember 2005**

**der**  
**Eichdirektion Nord**  
**Düppelstraße 63**  
**24105 Kiel**

**Treurat GmbH**  
Treuhand- und Beratungsgesellschaft  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Steuerberatungsgesellschaft  
Lorentzendam 41 - 24103 Kiel  
Telefon 0431/5936-300  
Telefax 0431/5936-301  
e-mail: info@kiel.treurat-net.de

<b>INHALTSVERZEICHNIS</b>	<b>Seite</b>
HAUPTTEIL .....	1
A. AUFTRAG UND AUFTRAGSDURCHFÜHRUNG .....	1
B. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN .....	2
Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch den Vorstand .....	2
C. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG .....	4
I. Allgemeines .....	4
II. Internes Kontrollsystem .....	5
III. Buchführung und Jahresabschluss .....	5
D. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG .....	6
I. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen .....	6
II. Jahresabschluss zum 31.12.2005 .....	7
1. Ordnungsmäßigkeit .....	7
2. Gesamtaussage .....	7
3. Vermögenslage und Finanzierung .....	8
4. Liquiditätslage .....	10
5. Ertragslage .....	11
6. Wirtschaftsplan .....	12
7. Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und wirtschaftliche Verhältnisse .....	13
8. Feststellungen aus der Erweiterung des Prüfungsauftrages .....	13
III. Lagebericht .....	14
E. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS UND SCHLUSSBEMERKUNG .....	15

## INHALTSVERZEICHNIS

### ANLAGEN

- Anlage 1 Allgemeine rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse
- Anlage 2 Erläuterungen zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2005
- Anlage 3 Jahresabschluss und Lagebericht
  - 3.1 Bilanz zum 31. Dezember 2005
  - 3.2 Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2005
  - 3.3 Anhang
  - 3.4 Lagebericht 2005
  - 3.5 Bestätigungsvermerk
- Anlage 4 Nachweis der Feststellungen zur Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und zu den wirtschaftlichen Verhältnissen für das Geschäftsjahr 2005
- Anlage 5 Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 01. Januar 2002

Tz.

## HAUPTTEIL

### A. AUFTRAG UND AUFTRAGSDURCHFÜHRUNG

- 1 Der Verwaltungsrat der Eichdirektion Nord hat uns mit Schreiben vom 12.12.2005 beauftragt, die Prüfung der

#### **Eichdirektion Nord, 24105 Kiel**

(im Folgenden kurz "EDN" genannt)

für das vom 01. Januar 2005 bis zum 31. Dezember 2005 laufende Geschäftsjahr durchzuführen und einen Bericht über das Ergebnis der Prüfung zu erstellen. Die Beauftragung erfolgte auf Grund der Bestellung durch den Verwaltungsrat am 03.11.2005.

- 2 Bei unserer Prüfung sind die Grundsätze ordnungsmäßiger Durchführungen von Abschlussprüfungen (IDW PS 200, PS 201, PS 720 sowie PS 340) beachtet worden. Aufgabe des Abschlussprüfers ist es, den Jahresabschluss einschließlich der Buchführung im Rahmen seiner pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen. Die Verantwortlichkeit der Geschäftsführung für diese Unterlagen bleibt unberührt.
- 3 Für die Durchführung der Prüfung findet ferner der Staatsvertrag über die Errichtung der EDN vom 23. Dezember 2003 (i.F. Staatsvertrag) Anwendung. Ergänzend gelten für unsere Verantwortlichkeit – auch im Verhältnis zu Dritten – die als Anlage 5 beigefügten "Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften" in der Fassung vom 01.01.2002.
- 4 Wir haben bei unserer Prüfung auftragsgemäß die Erweiterung des Prüfungsgegenstandes nach den Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 HGrG beachtet. Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Satzung geführt worden sind. Ferner ist die Prüfung auf die Angemessenheit der Verteilung der Erträge und Kosten auf Kostenstellen und Kostenträger im Rahmen der Ermittlung der Verlustausgleichsansprüche gegen die Trägerländer gemäß § 11 der Satzung der EDN vom 23. Dezember 2003 (i.F. Satzung) erweitert worden.
- 5 Die Prüfung erstreckte sich nicht auf die spezielle Untersuchung bestimmter Gebiete (z.B. technische und preisregelnde Vorschriften) und unerlaubte Handlungen. Unsere Feststellungen ergaben keinen Anlass, die Prüfung auf diese Gebiete besonders auszudehnen.
- 6 Über das Ergebnis der Prüfung erstatten wir den folgenden Bericht nach Maßgabe der Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450).

Tz.

- 7 Unsere Berichterstattung gliedert sich in
- den eigentlichen Prüfungsbericht
  - allgemeine Angaben zu den rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen (Anlage 1)
  - umfassende Aufgliederung und Erläuterung der Posten zum Jahresabschluss (Anlage 2)
  - Wiedergabe des Jahresabschlusses und des Lageberichts (Anlage 3)
  - Angaben zur Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung (Anlage 4).

In der Anlage 5 befinden sich die allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 01. Januar 2002.

## **B. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN**

### **Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch den Vorstand**

- 8 Der Vorstand hat im Jahresabschluss einschließlich Anhang sowie insbesondere im Lagebericht die wirtschaftliche Lage des Unternehmens beurteilt. Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB nehmen wir als Abschlussprüfer mit den anschließenden Ausführungen vorweg zur Lagedarstellung durch den Vorstand im Jahresabschluss Stellung.

Unsere Stellungnahme geben wir auf Grund unserer eigenen Beurteilung der Lage der EDN ab, die wir im Rahmen unserer Prüfung des Jahresabschlusses gewonnen haben. Unsere nachfolgende Darstellung ist so abgefasst, dass sie den Berichtsadressaten als Grundlage ihrer eigenen Einschätzung der Lagebeurteilung dienen kann.

- 9 Als für die Beurteilung der Lage der EDN wesentliche Angaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts sind folgende Punkte hervorzuheben:
- 10 Die Ertragslage weist einen Verlust von T€ 914,8 auf, der von den Trägerländern zu decken ist. Gegenüber dem Wirtschaftsplan ist der Verlust um T€ 80,2 geringer ausgefallen.

Tz.

- 11 Die Vermögenslage wird durch das zum 31.12.2005 ausgewiesene Eigenkapital von T€ 2.397 dargestellt. Das entspricht rd. 23 % der Bilanzsumme. Wesentliche stille Reserven sind nach unserer Einschätzung nicht vorhanden. Damit ist die Eigenkapitalausstattung der EDN vor dem Hintergrund, dass die Trägerländer den laufenden Verlust auszugleichen haben, als ausreichend zu bezeichnen. Die Eigenbetriebsverordnung für kommunale Eigenbetriebe fordert eine Quote von 30 %, beinhaltet aber keine laufende Verpflichtung zur Verlustabdeckung.

Das Anlagevermögen wird durch das Eigenkapital gedeckt,

- 12 Die Liquiditätslage ist stabil. Der Cash-Flow reichte aus, um die Investitionen des laufenden Geschäftsjahres tätigen zu können. Tilgungen für Kredite fielen nicht an. Die EDN konnte ihren Zahlungsverpflichtungen jederzeit nachkommen.

- 13 Der vom Vorstand erstellte und vorgelegte Jahresabschluss zum 31.12.2005 (Anlagen 3.1 - 3.3) sowie der Lagebericht 2005 (Anlage 3.4) stellen im Übrigen die Lage der EDN zutreffend dar.

- 14 Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Beurteilung der Lage der EDN einschließlich der dargestellten Risiken der künftigen Entwicklung plausibel und folgerichtig abgeleitet. Die Lagebeurteilung durch den Vorstand ist dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend.

**Feststellungen gemäß § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB**

- 15 Im Rahmen unserer Prüfung haben wir keine entwicklungsbeeinträchtigenden oder bestandsgefährdenden Tatsachen im Sinne des § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB festgestellt.

- 16 Es wurden auch keine Unrichtigkeiten oder Verstöße der gesetzlichen Vertreter oder von Arbeitnehmern gegen Gesetz oder Satzung festgestellt.



Tz.

## **C. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG**

### **I. Allgemeines**

- 17 Wir führten diesen Auftrag in der Zeit vom 10. Mai 2006 bis 20. Juli 2006 (mit Unterbrechungen) unter Leitung von Herrn Wirtschaftsprüfer Jordan überwiegend in den Geschäftsräumen der EDN, im Übrigen in unserem Büro in Kiel aus. Eine Besprechung des Prüfungsergebnisses mit dem Vorstand und Vertretern der Trägerländer fand am 20. Juli 2006 in Kiel statt.
- 18 Gegenstand unserer Prüfung waren die Buchführung, der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2005. Der Jahresabschluss wurde vom Vorstand der EDN aufgestellt.
- 19 Wir haben die Prüfung nach handelsrechtlichen Grundsätzen unter Beachtung des Staatsvertrages und der Satzung durchgeführt.
- 20 Ein weiterer Schwerpunkt unserer Prüfungshandlungen bezieht sich auf die Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG). Hierzu haben wir den Fragenkatalog des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW PS 720) angewendet. Im Rahmen der Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung wurde auch die Abwicklung des Wirtschaftsplanes 2005 untersucht.
- 21 Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften wurde nur insoweit durchgeführt, als sich aus diesen Vorschriften Rückwirkungen auf den Jahresabschluss ergeben könnten. Auf die Aufdeckung und Aufklärung strafrechtlicher Tatbestände war die Prüfung nicht ausgerichtet. In Übereinstimmung mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlussprüfungen konnte aus wirtschaftlichen Gründen der Prüfungsgegenstand grundsätzlich nur in Stichproben untersucht werden, wobei die Stichprobenauswahl den Grundsatz der Wesentlichkeit und das Risikoprofil berücksichtigt. Gegenstand und Umfang der von uns vorgenommenen Prüfungshandlungen gehen aus unseren nachstehenden Ausführungen hervor.
- 22 Die für eine ordnungsgemäße Durchführung der Prüfung erforderlichen Nachweise und Auskünfte wurden uns bereitwillig erteilt. Als Auskunftspersonen standen Herr Ehlers, Herr Dr. Weit, Frau Jessen und Frau Gröb zur Verfügung. Eine vom Vorstand unterschriebene Vollständigkeitserklärung haben wir zu unseren Akten genommen.

Tz.

## **II. Internes Kontrollsystem**

- 23 Die Prüfung wurde in Anlehnung an den Fragenkatalog (IDW PS 720) zu § 53 HGrG durchgeführt.
- 24 Die Prüfung erfolgte durch Befragung von Vorstand und Mitarbeitern sowie Einblick in die Satzung und durch einen Vergleich mit der praktizierten Handhabung.

## **III. Buchführung und Jahresabschluss**

- 25 Wir haben folgende wesentlichen Prüfungshandlungen durchgeführt:
- Lückenlose Überprüfung der Saldenvorträge zum 01.01.2005.
  - Stichprobenweise Prüfung der Sachkonten.
  - Beim Sachanlagevermögen lückenlose Prüfung der Zu- und Abgänge anhand der Belege. Überprüfung der Abschreibungssätze bei den Zugängen.
  - Prüfung der Wertansätze bei den Vorräten in Stichproben. An der Inventur haben wir wegen der relativen Bedeutungslosigkeit des Postens Vorräte nicht teilgenommen, jedoch die Inventurunterlagen auf Vollständigkeit und auf rechnerische Richtigkeit (in Stichproben) überprüft.
  - Einsicht in die Kontoauszüge von Kreditinstituten.
  - Retrograde Kontrolle der Debitoren und Kreditoren anhand der Zahlungsein- und -ausgänge nach dem Bilanzstichtag.
  - Lückenlose Prüfung der Rückstellungen auf Berechtigung und Angemessenheit.
  - Stichprobenweise Überprüfung der übrigen Bilanzposten anhand der betreffenden Geschäftsvorfälle.
  - Überprüfung der vollständigen Erfassung von Aufwendungen und Erträgen bei wesentlichen Dauerschuldverhältnissen.
  - Überprüfung der Angemessenheit der Verteilung der Erträge und Kosten auf Kostenstellen und Kostenträger im Rahmen der Ermittlung der Verlustausgleichsansprüche.

Tz.

## **D. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG**

### **I. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen**

26 Die EDN ist nach § 11 ff des Staatsvertrages verpflichtet, Bücher nach den Regeln der kaufmännischen doppelten Buchführung zu führen.

Die Finanzbuchführung erfolgte im Geschäftsjahr 2005 bei der EDN. Dazu wurde das Programm TopFib der Firma Addison verwendet, das einen Kontenplan und Auswertungen nach Grundsätzen kaufmännischer Buchführung zulässt.

Das Programm wurde von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young AG geprüft. Bei unserer Prüfung haben wir keine Feststellungen getroffen, die gegen eine Ordnungsmäßigkeit der Buchführung sprechen.

27 Die Buchungsbelege werden geordnet abgelegt. Die den Buchungen auf den Konten zugehörigen Geschäftsvorfälle ließen sich durch die Angabe der Belegnummern ermitteln.

28 Das interne Kontrollsystem ist der Größe der EDN angemessen angelegt. Das Vier-Augen-Prinzip wird nach unseren Feststellungen grundsätzlich eingehalten.

29 Die Anlagenbuchführung erfolgt im Rahmen der Finanzbuchführung mit dem selben Programm.

30 Die Rechnungslegung erfolgt über das von der Dataport entwickelte Programm Windeich. Per Schnittstelle werden die Daten in die Finanzbuchführung übergeben.

31 Die Lohnbuchführung erfolgt extern maschinell über das Zentrum für Personaldienste in Hamburg.

32 Insgesamt entspricht das Rechnungswesen den betrieblichen Erfordernissen.

Tz.

**II. Jahresabschluss zum 31.12.2005**

**1. Ordnungsmäßigkeit**

33 Der Jahresabschluss wurde durch die EDN aufgestellt.

34 Der Jahresabschluss, bestehend aus der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und dem Anhang, entspricht den Vorschriften des Staatsvertrages. Die allgemeinen Vorschriften für den Jahresabschluss der großen Kapitalgesellschaften im Dritten Buch des Handelsgesetzbuches wurden sinngemäß angewendet. Für die Darstellung im Anhang galt § 285 Nr. 9 und 10 des Handelsgesetzbuches mit der Maßgabe, dass die Angaben für die Mitglieder des Vorstandes und des Verwaltungsrates zu machen waren. §§ 285 Nr. 8 und 286 Abs. 2 und 3 fanden keine Anwendung. Der Jahresabschluss und der gemäß § 22 EGVVO vorgeschriebene Anhang wurden während der Prüfung geändert bzw. ergänzt. Diese Änderungen betrafen insbesondere Forderungen und Rückstellungen sowie Abgrenzungen.

35 Alle Bestandteile des Jahresabschlusses sind ordnungsgemäß aus den Inventurunterlagen entwickelt worden. Wir haben die vorgelegten Inventurunterlagen in Stichproben geprüft. Die Bilanzansätze sind entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung bewertet und zu Bilanzposten gegliedert.

Wertminderungen der abnutzbaren Gegenstände des Anlagevermögens wurden durch (handelsrechtlich) angemessene Abschreibungen berücksichtigt. Eine periodengerechte Aufwands- und Ertragsabgrenzung nach dem Grundsatz der Wesentlichkeit ist erfolgt; ausreichende Rückstellungen wurden gebildet.

36 Der Anhang enthält die vorgeschriebenen Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie zu den einzelnen Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung. Im Anhang sind auch die sonstigen Pflichtangaben richtig und vollständig wiedergegeben worden.

37 Der Jahresabschluss 2005 ist als Anlage 3.1 – 3.3 diesem Prüfungsbericht beigelegt. Die Erläuterungen zum Jahresabschluss 2005 sind der Anlage 2 zu diesem Bericht zu entnehmen.

**2. Gesamtaussage**

38 Der Jahresabschluss vermittelt insgesamt aus dem Zusammenwirken von Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie ergänzend aus dem Lagebericht ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft.

Tz.

Im Einzelnen stellt sich die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wie folgt dar:

### 3. Vermögenslage und Finanzierung

39 Grundlage für die Darstellung der Vermögenslage ist die als Anlage 3.1 beigefügte Bilanz zum 31.12.2005. Zusammengefasst ergibt sich folgendes Bild:

A K T I V A	01.01.2004		31.12.2004		31.12.2005		Veränderung
	T€	%	T€	%	T€	%	2004/2005 T€
<b>Anlagevermögen</b>							
Immaterielle Vermögensgegenstände	103,0	1,3	72,1	0,8	32,3	0,3	-39,8
Sachanlagevermögen							
- technische Anlagen und Maschinen	1.051,7	13,7	887,5	9,6	762,1	7,2	-125,4
- andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	734,6	9,6	714,2	7,7	740,7	7,0	26,5
	<u>1.889,3</u>	<u>24,6</u>	<u>1.673,8</u>	<u>18,1</u>	<u>1.535,1</u>	<u>14,5</u>	<u>-138,7</u>
<b>Umlaufvermögen</b>							
Vorräte	38,0	0,5	63,6	0,7	60,0	0,6	-3,6
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände							
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0,0	0,0	357,1	3,9	406,8	3,9	49,7
- Forderungen gg. Anstaltsträger	5.741,4	74,9	5.947,5	64,2	7.010,5	66,6	1.063,0
- sonstige Vermögensgegenstände	0,0	0,0	34,4	0,4	4,9	0,0	-29,5
Liquide Mittel	0,0	0,0	1.063,7	11,5	1.394,4	13,2	330,7
	<u>5.779,4</u>	<u>100,0</u>	<u>7.466,3</u>	<u>80,7</u>	<u>8.876,6</u>	<u>84,3</u>	<u>1.410,3</u>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<u>0,0</u>	<u>0,0</u>	<u>112,0</u>	<u>1,2</u>	<u>116,6</u>	<u>1,2</u>	<u>4,6</u>
<b>Summe der Aktivseite</b>	<u>7.668,7</u>	<u>100,0</u>	<u>9.252,1</u>	<u>100,0</u>	<u>10.528,3</u>	<u>100,0</u>	<u>1.276,2</u>
<b>P A S S I V A</b>							
<b>Eigenkapital</b>							
- Stammkapital	1.780,0	23,2	1.780,0	19,2	1.780,0	16,9	0,0
- Kapitalrücklage	147,4	1,9	617,4	6,7	617,4	5,9	0,0
- Jahresüberschuss / -fehlbetrag	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	<u>1.927,4</u>	<u>25,1</u>	<u>2.397,4</u>	<u>25,9</u>	<u>2.397,4</u>	<u>22,8</u>	<u>0,0</u>
Rückstellungen							
- Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	4.942,1	64,5	5.362,8	58,0	6.419,8	60,9	1.057,0
- sonstige	799,2	10,4	1.037,0	11,2	1.631,3	15,5	594,3
Verbindlichkeiten							
- aus Lieferungen und Leistungen	0,0	0,0	31,6	0,3	73,9	0,7	42,3
- gegenüber Anstaltsträgern	0,0	0,0	418,4	4,5	0,0	0,0	-418,4
- sonstige	0,0	0,0	4,9	0,1	5,9	0,1	1,0
	<u>5.741,3</u>	<u>74,9</u>	<u>6.854,7</u>	<u>74,1</u>	<u>8.130,9</u>	<u>77,2</u>	<u>1.276,2</u>
<b>Schulden</b>	<u>5.741,3</u>	<u>74,9</u>	<u>6.854,7</u>	<u>74,1</u>	<u>8.130,9</u>	<u>77,2</u>	<u>1.276,2</u>
<b>Summe der Passivseite</b>	<u>7.668,7</u>	<u>100,0</u>	<u>9.252,1</u>	<u>100,0</u>	<u>10.528,3</u>	<u>100,0</u>	<u>1.276,2</u>

Tz.

40 Das Anlagevermögen macht im Verhältnis zur Bilanzsumme zum 31.12.2005 rd. 14,5 % aus.

Im Geschäftsjahr 2005 wurden Investitionen in Höhe von T€ 255 durchgeführt.

Insgesamt hat sich das Anlagevermögen wie folgt entwickelt:

	T€
Stand am 01.01.2005	1.674
Zugang	255
Abschreibung	-381
Abgang	-13
<b>Stand am 31.12.2005</b>	<b><u>1.535</u></b>

Wesentliche stille Reserven sind nach unserer Einschätzung nicht erkennbar.

41 Das Anlagevermögen ist durch das Eigenkapital gedeckt.

42 Das ausgewiesene Eigenkapital beträgt zum 31.12.2005 unverändert T€ 2.397. Das sind rd. 23 % der Bilanzsumme. Gemäß Ausführungsanweisung zur Eigenbetriebsverordnung vom 13.01.1987 (Amtsblatt S-H 1987 S. 67) wird eine Mindestausstattung von 30 % gefordert. Diese kann u.E. sinngemäß angewendet werden. Vor dem Hintergrund, dass die Trägerländer verpflichtet sind laufende Verluste auszugleichen, kann die Eigenkapitalausstattung als ausreichend angesehen werden.

43 Sowohl die Rückstellungen als auch die Forderungen gegen die Trägerländer sind im Berichtsjahr stark angestiegen. Dieser Umstand hat folgende Gründe. Zum einen musste ein Mehrbedarf an Rückstellungen für Pensionen durch die neuen gültigen Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck hingenommen werden und zum anderen wurden die Rückstellungen für Altersteilzeit und Beihilfeverpflichtungen im Geschäftsjahr erstmals auf Grund eines versicherungsmathematischen Gutachtens ermittelt, was eine Anpassung zur ursprünglich gebildeten Rückstellung zur Folge hatte. Die EDN ist damit unserer Empfehlung aus dem Vorjahr nachgekommen. Durch den Anstieg der Rückstellungen stiegen auch die sich daraus resultierenden Forderungen gegen die Trägerländer.

Wesentliche stille Reserven sind nach unserer Einschätzung nicht erkennbar.

Tz.

#### 4. Liquiditätslage

44 Die wesentlichen finanzwirtschaftlichen Vorgänge im Geschäftsjahr 2005 im Vergleich zum Vorjahr werden im Folgenden mit Hilfe einer Kapitalflussrechnung auf der Basis des Nettogeldvermögens (liquide Mittel) dargestellt.

##### A. Veränderung Liquide Mittel

Stand 01.01.2005	1.063,7
Stand 31.12.2005	<u>1.394,4</u>
Erhöhung	<u><u>330,7</u></u>

##### B. Ursachen der Veränderung

	2 0 0 4		2 0 0 5	
	T€	T€	T€	T€
1. Jahresgewinn	0,0		0,0	
2. Abschreibungen Anlagevermögen	397,4		380,9	
3. Erhöhung Pensionsrückstellungen	420,7		1.057,0	
4. Erhöhung Rückstellungen für ATZ und Beihilfe	0,0		633,0	
5. Erhöhung Forderungen Anstaltsträger Übernahme ATZ und Beihilfe und Urlaub	0,0		-69,5	
6. Erhöhung Forderungen Anstaltsträger Pensionsübernahme	-291,0		-853,3	
<b>7. = Cash Flow</b>	<b>527,1</b>		<b>1.148,1</b>	
8. Abgänge zum Restbuchwert	31,8		13,0	
9. Zunahme/ Abnahme Vorräte	-25,6		3,6	
10. Zunahme Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-357,1		-49,7	
11. Abnahme/ Zunahme Forderungen gegen Anstaltsträger (ohne Pensionen, ATZ und Beihilfen)	84,9		-140,1	
12. Zunahme/ Abnahme sonstige Vermögensgegenstände	-34,4		29,5	
13. Zunahme aktive Rechnungsabgrenzungsposten	-112,0		-4,6	
14. Zunahme/Abnahme sonstige Rückstellungen	237,7		-38,6	
15. Zunahme Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	31,6		42,3	
16. Zunahme/Abnahme Verbindlichkeiten ggü. Anstaltsträgern	418,4		-418,4	
17. Zunahme sonstige Verbindlichkeiten	4,9		1,0	
<b>18. = Mittelzufluss aus laufender betrieblicher Tätigkeit</b>		<b>807,3</b>		<b>586,1</b>
19. Auszahlung für Investitionen	-213,6		-255,4	
<b>20. = Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit</b>		<b>-213,6</b>		<b>-255,4</b>
21. Einzahlung Liquiditätszuschuss	470,0		0,0	
<b>22. = Mittelzufluss aus Finanzierung</b>		<b>470,0</b>		<b>0,0</b>
<b>23. Summe Zeilen 18, 20, 22</b>		<b><u>1.063,7</u></b>		<b><u>330,7</u></b>

Tz.

## 5. Ertragslage

45 In der folgenden Aufstellung werden die Erträge und Aufwendungen des Geschäftsjahres 2005 nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammengefasst.

	2004		2005	
	T€	%	T€	%
1. Erlöse aus Gebühren	4.666,1	100,0	4.619,7	100,0
2. Sonstige betriebliche Erträge	91,9	2,0	61,6	1,3
3. Materialaufwand	-3,4	-0,1	-43,0	-0,9
4. Personalaufwand laufend	-3.262,4	-69,9	-3.584,0	-77,6
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.076,3	-23,1	-1.239,8	-26,8
6. Sonstige Steuern	-7,6	-0,2	-7,9	-0,2
<b>7. Betriebsergebnis vor Abschreibungen</b>	<b>408,3</b>	8,7	<b>-193,4</b>	-4,2
8. Personalaufwand langfristig	-201,5	-4,3	-356,0	-7,7
9. Abschreibungen	-397,4	-8,5	-380,9	-8,2
<b>10. Betriebsergebnis</b>	<b>-190,6</b>	-4,1	<b>-930,3</b>	-20,1
11. Finanzergebnis	3,0	0,1	15,5	0,3
12. Erträge aus Verlustübernahme	187,6	4,0	914,8	19,8
<b>13. Jahresüberschuss</b>	<b>0,0</b>	0,0	<b>0,0</b>	0,0



Tz.

## 6. Wirtschaftsplan

46 Im Folgenden werden die Ist-Zahlen aus dem Jahresabschluss 2005 dem Planansatz des Geschäftsjahres aus dem am 05.07.2005 vom Verwaltungsrat beschlossenen Wirtschaftsplan gegenüber gestellt:

	2004	2005		Abwei- chung
	Ist	Plan	Ist	
	T€	T€	T€	T€
Erlöse aus Gebühren	4.666,1	4.325,0	4.619,7	+294,7
Sonstige betriebliche Erträge	91,9	125,0	61,6	-63,4
<b>Gesamtleistung</b>	<b>4.758,0</b>	<b>4.450,0</b>	<b>4.681,3</b>	<b>+231,3</b>
Materialaufwand	-3,4	-27,0	-43,0	-16,0
<b>Rohertrag</b>	<b>4.754,6</b>	<b>4.423,0</b>	<b>4.638,3</b>	<b>+215,3</b>
Personalaufwendungen	-3.463,9	-3.694,0	-3.940,1	-246,1
Abschreibungen	-397,4	-388,0	-380,9	+7,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.076,3	-1.327,0	-1.239,7	+87,3
Sonstige Steuern	-7,6	-9,0	-7,9	+1,1
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-190,6</b>	<b>-995,0</b>	<b>-930,3</b>	<b>+64,7</b>
Zinsertrag	3,0	0,0	15,5	+15,5
<b>Fehlbetrag vor Ausgleich</b>	<b>-187,6</b>	<b>-995,0</b>	<b>-914,8</b>	<b>+80,2</b>
Erträge aus Verlustübernahme	187,6	995,0	914,8	-80,2
<b>Jahresüberschuss / -fehlbetrag</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>

47 Im Geschäftsjahr 2005 lagen die Erlöse aus Gebühren mit T€ 294,7 über dem Planansatz.

48 Die sonstigen betrieblichen Erträge lagen um T€ 63,4 niedriger als geplant.

49 Die Personalaufwendungen lagen um T€ 246,1 über dem Planansatz. Dies liegt vor allem an den Anpassungen an die versicherungsmathematischen Gutachten.

50 Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen waren um T€ 87,3 niedriger als geplant. Das liegt im Wesentlichen an den niedrigeren Raumkosten (T€ 21), Fahrzeugkosten (T€ 8), Beiträge DAM/GEZ (T€ 13) sowie Kosten für Rückbau (T€ 35).

Tz.

- 51 Insgesamt ist das Betriebsergebnis um T€ 80,2 besser ausgefallen als im Planansatz vorgesehen, so dass die Verlustübernahme durch die Länder um diesen Betrag geringer ausfällt.
- 52 Es wurden in 2005 Investitionen in Höhe von T€ 255 durchgeführt. Nach dem genehmigten Investitionsplan waren Ergänzungsinvestitionen in Höhe von T€ 124 sowie Ersatzinvestitionen in Höhe von T€ 186 geplant.
- 53 Der Stellenplan für 2005 wurde mit 46 Beamtinnen bzw. Beamten, 40 Angestellten und 3 Arbeitern eingehalten.

**7. Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und wirtschaftliche Verhältnisse**

- 54 Es wurden von uns keine Feststellungen getroffen, die gegen die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung sprechen.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse geben zu wesentlichen Beanstandungen keinen Anlass.

Im Einzelnen verweisen wir auf den in der Anlage 4 wiedergegebenen Fragenkatalog zu § 53 HGrG.

**8. Feststellungen aus der Erweiterung des Prüfungsauftrages**

- 55 Auftragsgemäß wurde die Prüfung auf die Angemessenheit der Verteilung der Erträge und Kosten auf Kostenstellen und Kostenträger im Rahmen der Ermittlung der Verlustausgleichsansprüche gegen die Trägerländer gemäß § 11 der Satzung der EDN erweitert.

§ 11 der Satzung sieht vor, dass die EDN eine Kostenstellen- und Kostenträger-Rechnung erstellt und die Verteilung der Erträge und Kosten unter Beachtung des Grundsatzes der verursachungsgerechten Zuordnung sowie des Gebotes der Effizienz und Sparsamkeit des Rechnungswesens festzulegen und bedarfsgerecht anzupassen ist.

Mit Unterstützung einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ist als Aufteilungsschlüssel die Kosten- und Leistungsrechnung auf Basis der Zurechnung von Kosten und Leistungen zu den Niederlassungen der EDN in den Ländern FHH und S-H vorgeschlagen worden. Dabei sollen zunächst statt der Leistungen die Erträge der Niederlassungen angesetzt werden. Später könne darüber nachgedacht werden, Leistungen (auch unentgeltliche und hoheitliche Überwachungsaufgaben) zu definieren und zu bewerten.

Während die Erträge und Aufwendungen (ohne Personalaufwendungen) sich den Kostenstellen (Niederlassungen) zuordnen ließen, war dies bei den Personalkosten nicht ohne weiteres möglich. Daher wurden die Personalkosten auf Vorschlag der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nach einer Zeiterfassung und Stundenverrechnungssätzen aufgestellt.

Tz.

Die Differenz zu den tatsächlichen Personalaufwendungen beträgt insgesamt rd. T€ 424 bzw. 2,85 €/Stunde. Diese Differenz wurde nach den tatsächlichen Stunden aufgeteilt. Die relativ große Differenz liegt im Wesentlichen an folgenden Aspekten:

- In den angesetzten Stundenverrechnungssätzen sind Aufwendungen aus Pensions- und Beihilfebelasten mit einem Zuschlag von 30 % berücksichtigt.
- In den Aufwendungen lt. Gewinn- und Verlustrechnungen sind relativ große Anpassungen enthalten, da Beihilfebelasten erstmals durch ein versicherungsmathematisches Gutachten ermittelt wurden und bei den Pensionslasten eine Anpassung der zu Grunde liegenden Sterbetafeln erfolgte. Ferner wurden Rückstellungen für Altersteilzeit erstmals durch ein versicherungsmathematisches Gutachten ermittelt. Diese Aufwendungen sind in den Stundenverrechnungssätzen nicht ausdrücklich vermerkt.
- Auf Grund der erstmaligen Ermittlung durch versicherungsmathematische Gutachten werden in gewissem Umfang Aufwendungen des Jahres 2004 nachgeholt.

Wir halten die Aufteilung nach der gleichen Verfahrensweise wie im Vorjahr für sachgerecht und den Regelungen des § 11 der Satzung entsprechend.

Mittels Plausibilitätsrechnungen wurde versucht, die Auswirkungen dieser außergewöhnlichen Einflussfaktoren auf die Verlustaufteilung zu quantifizieren. Dabei ergab sich, dass die Alternativrechnungen zu keinen wesentlichen Abweichungen von der vorgenommenen Verlustaufteilung abweichen.

### **III. Lagebericht**

56 Der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2005 entspricht den gesetzlichen Vorschriften.

57 Unsere Prüfung ergab, dass der Lagebericht mit dem Jahresabschluss im Einklang steht. Er enthält die nach § 289 HGB erforderlichen Angaben und Erläuterungen. Die Risiken der zukünftigen Entwicklung sind zutreffend dargestellt. Die bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnisse führen zu keiner anderen Beurteilung. Uns sind keine nach Schluss des Geschäftsjahres eingetretenen Vorgänge von besonderer Bedeutung bekannt geworden, über die zu berichten wäre.

Tz.

## **E. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS UND SCHLUSSBEMERKUNG**

58 Nach dem Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem in der Anlage 3.1 – 3.3 beigefügten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2005 und dem als Anlage 3.4 beigefügten Lagebericht für das Geschäftsjahr 2005 am 28. Juli 2006 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

### **Bestätigungsvermerk**

"Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Eichdirektion Nord für das Geschäftsjahr vom 01.01.2005 bis 31.12.2005 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Staatsvertrages und der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstandes der Eichdirektion Nord. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen des Staatsvertrages und der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Eichdirektion Nord. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Eichdirektion Nord und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar."

Tz.

- 59 Diesen Prüfungsbericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung (IDW PS 450).

Kiel, 28. Juli 2006

**Treurat GmbH**  
Treuhand- und Beratungsgesellschaft  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Steuerberatungsgesellschaft

(Niemeyer)  
Wirtschaftsprüfer

(Jordan)  
Wirtschaftsprüfer

Bei Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; wir weisen insbesondere auf § 328 HGB hin.

**Anlage 1**

**Allgemeine rechtliche und  
wirtschaftliche Verhältnisse  
zum 31. Dezember 2005**

**der  
Eichdirektion Nord  
Düppelstraße 63  
24105 Kiel**

Tz.

**I. Rechtliche Grundlagen**

- 1 Die Eichdirektion Nord (EDN) ist als rechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts durch das Gesetz vom 11.12.2003 zum Staatsvertrag zwischen den Ländern Hamburg (FHH) und Schleswig-Holstein (S-H) errichtet worden. Mit Inkrafttreten des Staatsvertrages sind das Referat Eichdirektion der Behörde für Wirtschaft und Arbeit der FHH sowie das dem S-H Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (MWAV) zugeordnete Amt für das Eichwesen einschließlich der Eichämter Kiel, Lübeck, Flensburg und Elmshorn im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf die EDN übergegangen (§ 1 des Staatsvertrages).
- 2 Sitz der Anstalt ist Kiel. Die EDN hat in jedem beteiligten Land mindestens eine Dienststelle.
- 3 Träger der EDN sind die FHH und das Land S-H.
- 4 Nach § 2 des Staatsvertrages wird die EDN mit einem Stammkapital von T€ 1.780 ausgestattet, wovon FHH eine Einlage von T€ 530 und S-H eine Einlage von T€ 1.250 übernimmt. Die Stammeinlagen wurden erbracht durch Sacheinlagen in Form von Sachen und Rechten, die auf die EDN übertragen wurden.
- 5 Die Länder FHH und S-H haften für die Verbindlichkeiten als Gewährträger unbeschränkt gegenüber Dritten als Gesamtschuldner, im Innenverhältnis jedoch im Verhältnis ihrer Stammeinlagen.
- 6 Nach § 3 des Staatsvertrages hat die EDN folgende Aufgaben:
  - Aufgaben des gesetzlichen Messwesens, soweit diese von FHH und S-H übertragen wurden,
  - Auftragsangelegenheiten im Zusammenhang mit dem gesetzlichen Messwesen
  - Vertretung und Interessenwahrnehmung in Fachgremien auf nationaler und internationaler Ebene
  - Unterstützung und Beratung für FHH und S-H in allen Fragen des gesetzlichen Messwesens
  - Weitere Aufgaben und Geschäfte jeglicher Art im Zusammenhang mit den Aufgaben des gesetzlichen Messwesens, soweit dies wettbewerbsrechtlich zulässig ist (insoweit ist die Gewährträgerhaftung ausgeschlossen).

Die EDN darf sich zur Erfüllung der Aufgaben Dritter bedienen, weitere Unternehmen gründen oder sich an fremden Unternehmen beteiligen. In diesen Fällen ist die Haftung auf die jeweilige Einlage oder den Wert des Gesellschaftsanteils zu beschränken; die Anstaltslast ist insoweit ausgeschlossen.

Tz.

- 7 Die zuständigen Behörden der FHH und des Landes S-H üben die Aufsicht über die EDN im Einvernehmen aus.
- 8 Nach § 10 des Staatsvertrages erhält die EDN eine Satzung, in der nähere Vorschriften über die innere Verfassung der Anstalt, über Befugnisse und Pflichten der Organe und die Anforderungen an die Wirtschafts- und Finanzplanung getroffen werden. Die Satzung vom 23.12.2003 wurde im Amtlichen Anzeiger der FHH und im Amtsblatt für S-H veröffentlicht.

**II. Organe**

- 9 Die EDN hat folgende Organe:
- den Verwaltungsrat,
  - den Vorstand.
- 10 Der Verwaltungsrat hat fünf Mitglieder, wovon zwei durch die FHH und zwei durch das Land S-H berufen werden und ein Mitglied die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vertritt. Zum Ende des Geschäftsjahres bestand der Verwaltungsrat aus folgenden Personen:
- Hassan Bashayan, Vorsitzender, Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, Kiel
  - Stephan Möller-Horns, Behörde für Wirtschaft und Arbeit, Hamburg
  - Dorothea Werk-Dorenkamp, Behörde für Wirtschaft und Arbeit, Hamburg
  - Helmut Koch, Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein, Kiel
  - Detlef Anders, EDN, Kiel

Mit Wirkung zum 01.01.2006 fand turnusgemäß ein Wechsel des Vorsitzenden statt. Frau Werk-Dorenkamp ist ab diesem Zeitpunkt Vorsitzende, Herr Bashayan stellvertretender Vorsitzender.

Herr Möller-Horns ist aus dem Verwaltungsrat ausgeschieden. Seit dem 01.02.2006 ist Frau Andrea Franzki zum Mitglied des Verwaltungsrats berufen.



Tz.

Die Aufgaben des Verwaltungsrates sind in § 6 des Staatsvertrages aufgeführt. Dazu gehören insbesondere:

- Satzungsänderungen, Veränderungen des Stammkapitals,
- Bestellung, Anstellung, Abberufung, Ernennung, Entlassung von Mitgliedern des Vorstandes,
- Bestellung und Beauftragung des Abschlussprüfers,
- Feststellung des Jahresabschlusses, Genehmigung des Lageberichts und Beschlussfassung über das Jahresergebnis,
- Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan und dessen Änderung,
- Entlastung des Vorstandes.

11 Der Vorstand bestand zum Ende des Geschäftsjahres aus den folgenden zwei Mitgliedern:

- Dipl.-Ing. Eckehard Liebthal, Kiel
- Dr. Herbert Weit, Kiel (seit 01.11.2005)

Bis Mitte des Jahres 2005 war Herr Johann Remlein Mitglied des Vorstandes.

Mit Wirkung vom 01.05.2006 ist Herr Liebthal ausgeschieden. Dafür wurde Herr Jürgen Ehlers in den Vorstand berufen.

Der Vorstand leitet die EDN und führt die Geschäfte.

### **III. Kaufmännische Grundsätze und Grundlagen der Rechnungslegung**

12 Nach § 11 des Staatsvertrages ist die EDN nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen. Soweit hoheitliche Tätigkeiten erbracht werden, erhält die EDN Gebühren und Auslagen nach gebührenrechtlichen Vorschriften. Soweit Leistungen auf Grund vertraglicher Vereinbarungen erbracht werden, erhebt die EDN Entgelte.

13 Die EDN führt eigene Bankkonten und darf nach § 11 Abs. 8 des Staatsvertrages kurzfristige Liquiditätsbedarfe durch Kredite decken.

14 Verluste werden von den Trägern erstattet. Die FHH und das Land S-H tragen diese nach verursachungsgerechter Zuordnung von Erträgen und Kosten auf Basis einer Kosten- und Leistungsrechnung.

Tz.

- 15 Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr. Nach § 13 des Staatsvertrages finden die Vorschriften des Dritten Buches des HGB (Handelsbücher) für große Kapitalgesellschaften entsprechende Anwendung. Bei der Prüfung des Jahresabschlusses findet ergänzend § 53 HGrG Anwendung.
- 16 Die Rechnungshöfe der Länder FHH und S-H haben die Prüfungsrechte gemäß den jeweiligen Landeshaushaltsordnungen (LHO).
- 17 Sämtliche Arbeitsverhältnisse gehen kraft § 15 des Staatsvertrages auf die EDN über. Die EDN sagt diesen Arbeitnehmern eine betriebliche Altersversorgung in entsprechender Anwendung des Tarifvertrages über die betriebliche Altersversorgung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst (ATV), der Satzung der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBLS) bzw. der für die Arbeitnehmer der FHH geltenden Vorschriften zu.

Nach § 17 des Staatsvertrages werden die Beamten in den Dienst der EDN übernommen.

- 18 In der Eröffnungsbilanz wurden die Gegenstände des Anlagevermögens mit ihrem aktuellen Zeitwert erfasst. Um den tatsächlichen Aufwand zur Ermittlung der Zeitwerte zu begrenzen, wurden diese teilweise geschätzt, wobei Ausgangspunkt der Schätzung regelmäßig die tatsächlichen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten waren, die mit Hilfe bestimmter Faktoren fortgeschrieben werden. Die Restnutzungsdauern wurden ebenfalls geschätzt.

Forderungen und Schulden wurden mit dem jeweiligen Nennwert erfasst.

Bei Rückstellungen für Pensionen und Anwartschaften wurde ein versicherungsmathematisches Gutachten in Auftrag gegeben. Soweit es sich um anteilige Ansprüche für die Zeit vor dem 01.01.2004 handelt, wurden diese als Forderungen gegenüber den Trägerländern ausgewiesen. Auch insoweit wurde auf versicherungsmathematische Gutachten zurückgegriffen. Für das Geschäftsjahresende wurden darüber hinaus erstmals Gutachten für Beihilfelasten und Altersteilzeitverpflichtungen erstellt.

Tz.

#### **IV. Steuerliche Verhältnisse**

- 19 Die Eichdirektion Nord erbringt im Rahmen ihrer Tätigkeit hoheitliche Aufgaben. Sie unterliegt insoweit gemäß § 1 Abs. 1 KStG i.V.m. § 4 Abs. 5 KStG nicht der Körperschaftsteuer.
- 20 Nach § 2 Abs. 2 GewStDV gehören Unternehmen juristischer Personen des öffentlichen Rechts nicht zu den Gewerbebetrieben, sofern sie hoheitliche Aufgaben erfüllen. Insoweit ist die Eichdirektion Nord nicht gewerbesteuerpflichtig gemäß § 2 Abs. 1 GewStG. Auf die Abgabe von Körperschaftsteuer- und Gewerbesteuererklärungen wurde bisher aus Vereinfachungsgründen wegen fehlender Gewinnerzielungsabsicht verzichtet.
- 21 Soweit die EDN Tätigkeiten ausübt, die nicht hoheitlicher Art sind und auch von anderen Unternehmen angeboten werden könnten, liegt ein Betrieb gewerblicher Art i.S.d. § 2 Abs. 3 UStG und § 4 KStG vor. Insoweit ist die EDN Unternehmer und erzielt umsatzsteuerpflichtige Einnahmen.

Die hoheitliche Tätigkeit unterliegt nicht der Umsatzsteuer. Die Eichdirektion Nord ist danach insoweit auch zum Vorsteuerabzug nach § 15 Abs. 1 UStG nicht berechtigt.

Im Berichtsjahr hat für den Zeitraum vom 01.12.2003 bis zum 31.12.2004 eine Lohnsteueraußenprüfung des Finanzamtes für Großunternehmen in Hamburg stattgefunden. Die Prüfung führte zu keinen Beanstandungen.

**Anlage 2**

**Erläuterungen zum Jahresabschluss  
zum 31. Dezember 2005**

**Eichdirektion Nord  
Düppelstraße 63  
24105 Kiel**

<b>INHALTSVERZEICHNIS</b>	<u>Seite</u>
I. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2005.....	1
AKTIVA .....	1
A. ANLAGEVERMÖGEN .....	1
I. Immaterielle Vermögensgegenstände .....	1
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1
II. Sachanlagen .....	2
1. Technische Anlagen und Maschinen .....	2
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung .....	3
B. UMLAUFVERMÖGEN .....	4
I. Vorräte .....	4
Fertige Erzeugnisse und Waren	4
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände .....	5
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5
2. Forderungen gegen Anstaltsträger	6
3. Sonstige Vermögensgegenstände	7
III. Kassenbestand, Bankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks.....	7
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN .....	7
PASSIVA .....	8
A. EIGENKAPITAL .....	8
I. Stammkapital .....	8
II. Kapitalrücklage.....	8
III. Jahresüberschuss .....	9
B. RÜCKSTELLUNGEN .....	9
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen .....	9
2. Sonstige Rückstellungen.....	10
C. VERBINDLICHKEITEN .....	12
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen .....	12
2. Verbindlichkeiten gegenüber Anstaltsträgern .....	12
3. Sonstige Verbindlichkeiten .....	12

**INHALTSVERZEICHNIS**

Seite

II.	ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 01. JANUAR 2005 BIS ZUM 31. DEZEMBER 2005.....	13
1.	Erlöse aus Gebühren .....	13
2.	Sonstige betriebliche Erträge .....	13
3.	Materialaufwand .....	13
4.	Personalaufwand .....	14
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen.....	14
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen .....	15
7.	Zinsen und ähnliche Erträge .....	16
8.	Sonstige Steuern.....	17
9.	Erträge aus Verlustübernahme .....	17
10.	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag.....	17

I. Erläuterungen zur Bilanz zum 31. Dezember 2005

A K T I V A

A. ANLAGEVERMÖGEN

I. Immaterielle Vermögensgegenstände

Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und  
ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an  
solchen Rechten und Werten

	€	<b>32.336,20</b>
( i.Vj. * €	€	72.069,00 )

Zusammensetzung und Entwicklung:

<u>Entwicklung:</u>	€
Stand 01.01.2005	72.069,00
Abgang	-312,00
Abschreibung	<u>-39.420,80</u>
Stand 31.12.2005	<u><u>32.336,20</u></u>

Der Einzelnachweis ergibt sich aus dem Anlagenverzeichnis des Unternehmens.

Der **Abgang** betrifft ausgesonderte EDV-Software.

Die **Abschreibung** wurde unverändert fortgeführt.

II. **Sachanlagen**

1. <b>Technische Anlagen und Maschinen</b>	€	<b>762.042,71</b>
	( i.Vj. €	887.516,83 )

<u>Entwicklung:</u>	€
Stand 01.01.2005	887.516,83
Zugang	27.795,60
Abgang	-975,26
Abschreibung	<u>-152.294,46</u>
Stand 31.12.2005	<u><u>762.042,71</u></u>

Der Einzelnachweis ergibt sich aus dem Anlagenverzeichnis des Unternehmens.

Bei dem **Zugang** handelt es sich u.a. um Gewichtspaletten, eine Präzisionswaage und ein portables Dichtemessgerät.

Bei dem **Abgang** handelt es sich u.a. um ausgesonderte bzw. veräußerte Eichkolben, Gewichte und Analysenwaagen.

Die **Zugänge** wurden entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer **abgeschrieben**. Im Jahr der Anschaffung erfolgt die Abschreibung pro rata temporis. In Übrigen wurden die Abschreibungen unverändert fortgeführt.



**2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung**

	<b>€</b>	<b>740.742,53</b>
( i.Vj. )	<b>€</b>	<b>714.192,48 )</b>

Entwicklung:

	€
Stand 01.01.2005	714.192,48
Zugang	227.571,67
Abgang	-11.790,30
Abschreibung	<u>-189.231,32</u>
Stand 31.12.2005	<u><u>740.742,53</u></u>

Der Einzelnachweis ergibt sich aus dem Anlagenverzeichnis des Unternehmens.

Die wesentlichen **Zugänge** sind:

	€
Neubeschilderung der Dienststellen	6.506,88
Golf Variant TDI (KI-ED 345)	18.298,75
Golf Variant TDI (PI-ED 427)	18.298,75
Pritschenwagen LT 35 inkl. Prüfausrüstung (HH-ED 1993)	88.300,69
Transporter (HL-ED 953)	25.092,45

Des Weiteren wurden diverse Notebooks, Computer, Bildschirme, Drucker und Büromöbel angeschafft.

Die **Abgänge** betreffen v.a. 2 veräußerte Fahrzeuge und einen veräußerten Anhänger sowie ausgesonderte bzw. veräußerte Notebooks, Computer, Bildschirme, Drucker und Büromöbel.

Die **Zugänge** wurden entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer **abgeschrieben**. Im Jahr der Anschaffung erfolgt die Abschreibung pro rata temporis. Im Übrigen wurden die Abschreibungen unverändert fortgeführt.

**B. UMLAUFVERMÖGEN**

**I. Vorräte**

<b>Fertige Erzeugnisse und Waren</b>	<b>€</b>	<b>60.011,07</b>
	( i.Vj. €	63.590,02 )

<u>Zusammensetzung:</u>	<u>31.12.2005</u>	<u>31.12.2004</u>
	€	€
Bestände Schleswig-Holstein (S-H)	50.189,72	47.693,63
Bestände Freie und Hansestadt Hamburg (FHH)	9.821,35	15.896,39
	<u><b>60.011,07</b></u>	<u><b>63.590,02</b></u>

Bei den Warenbeständen handelt es sich um Briefmarken, Eichmarken und Beschussmaterial.

Der Nachweis ist durch eine Inventurliste zum 31.12.2005 gegeben. An der Bestandsaufnahme haben wir nicht teilgenommen.

Die Bewertung erfolgte zu Anschaffungskosten.

**II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**

<b>1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen</b>	<b>€</b>	<b>406.841,72</b>
	( i.Vj. €	357.163,89 )

<u>Zusammensetzung:</u>	€
Forderungen lt. Saldenliste	426.513,02
Einzelwertberichtigung	<u>-19.671,30</u>
	<u>406.841,72</u>

Die Forderungen wurden anhand einer Debitorenliste nachgewiesen. Es wurden keine Saldenbestätigungen eingeholt, weil ein erheblicher Teil der Forderungen nur aus geringen Gebührenerhebungen besteht und auf Grund der Kundenstruktur nicht mit einer repräsentativen Rücklaufquote gerechnet wird. Die Werthaltigkeit der Forderungen wurde aber anhand des Eingangs der Forderungen nach dem Bilanzstichtag geprüft. Von diesen Forderungen waren bis auf einen Betrag von € 41.041,64 bis zum Beginn der Prüfung alle Forderungen beglichen.

Für das akute Ausfallrisiko wurde eine Einzelwertberichtigung gebildet. Zu 100% wertberichtigt wurden demnach Forderungen an Kunden, die sich in Insolvenz befinden, sowie eine strittige Forderung. Die sich in der Vollstreckung befindlichen Forderungen wurden zu 50% wertberichtigt.

Die Forderungen haben alle eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

**2. Forderungen gegen Anstaltsträger**

**€ 7.010.442,60**  
 ( i.Vj. € 5.947.468,59 )

<u>Zusammensetzung:</u>	<u>31.12.2005</u>	<u>31.12.2004</u>
	€	€
a) Pensionen FHH	2.916.396,00	2.424.906,00
b) Pensionen S-H	3.170.198,00	2.808.387,00
c) Ansprüche Altersteilzeit FHH	41.074,00	189.750,03
d) Ansprüche Altersteilzeit S-H	160.884,00	313.419,94
e) Beihilfeverpflichtungen FHH	237.586,00	71.655,48
f) Beihilfeverpflichtungen S-H	312.548,00	107.654,84
g) Urlaubsrückstellungen 2003 FHH	0,00	31.695,30
h) Beihilfezahlungen an Pensionäre 2005 FHH	711,85	0,00
i) Beihilfezahlungen an Pensionäre 2005 S-H	4.214,57	0,00
j) Anspruch Verlustausgleich 2005 FHH	82.767,17	0,00
k) Anspruch Verlustausgleich 2005 S-H	84.063,01	0,00
	<b><u>7.010.442,60</u></b>	<b><u>5.947.468,59</u></b>

**zu a) – f)**

Für Pensionsverpflichtungen, Altersteilzeitansprüche, Beihilfeverpflichtungen sowie Urlaubsansprüche hatte die Eichdirektion Nord zum 01.01.2004 Rückstellungen in der Höhe zu bilden, in der diese zum 31.12.2003 bei den Eichdirektionen FHH und S-H bestanden haben. Da die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein gem. § 16 Abs. 3 und § 17 Abs. 2 des Staatsvertrages verpflichtet sind, die anteiligen Kosten, soweit sie auf die Zeit vor dem 01.01.2004 entfallen, zu tragen, wurde zum 01.01.2004 eine Forderung gegen die Länder eingestellt.

Die Entwicklung der Forderungen leitet sich aus den versicherungsmathematischen Gutachten ab ( vgl. auch Pensionsrückstellungen und sonstige Rückstellungen). Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich durch die Anwendung der gültigen Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck eine Anpassung von rd. T€ 516 bei den Pensionsrückstellungen ergeben hat. Ebenso haben sich die Forderungen aus den Beihilfeverpflichtungen, soweit sie die Zeit vor dem 01.01.2004 betreffen, außerplanmäßig erhöht. Für das Jahr 2005 wurde erstmalig ein versicherungsmathematisches Gutachten für die Bewertung der Beihilfebelasten und der Altersteilzeitlasten angefordert.

**3. Sonstige Vermögensgegenstände**

 € 4.917,81  
 ( i.Vj. € 34.366,67 )

<u>Zusammensetzung:</u>	€
Forderungen an Personal	1.232,00
Umsatzsteuer 2005	2.116,60
Überzahlungen Kreditoren	<u>1.569,21</u>
	<u>4.917,81</u>

**III. Kassenbestand, Bankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks**

 € 1.394.377,58  
 ( i.Vj. € 1.063.667,11 )

<u>Zusammensetzung:</u>	€	€
a) Kasse Eichdirektion Nord	245,78	
b) Kasse Kiel	101,52	
c) Kasse Lübeck	104,20	
d) Kasse Flensburg	56,36	
e) Kasse Elmshorn	253,10	
f) Kasse Hamburg	<u>400,74</u>	1.161,70
g) HSH Nordbank Kto. 1000343582		<u>1.393.215,88</u>
		<u>1.394.377,58</u>

Gleichlautende Kassenberichte bzw. eine Saldenbestätigung der Bank haben uns vorgelegen.

**C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN**

 € 116.565,22  
 ( i.Vj. € 112.021,68 )

In diesem Posten ist die Beamtenbesoldung- und -versorgung für Januar 2006 in Höhe von € 102.826,51 sowie die bereits gezahlten Kfz-Versicherungsbeiträge 2006 in Höhe von € 11.566,24 enthalten.

**P A S S I V A**

**A. EIGENKAPITAL**

<b>I. Stammkapital</b>	<b>€</b>	<b>1.780.000,00</b>	
	( i.Vj. €	1.780.000,00	)

Ausgewiesen ist das Stammkapital laut § 2 Absatz 1 des Staatsvertrages. Es wurde durch Sacheinlagen in folgender Höhe geleistet:

<u>Zusammensetzung:</u>	€
Sacheinlage Schleswig-Holstein	1.250.000,00
Sacheinlage Freie und Hansestadt Hamburg	530.000,00
	1.780.000,00

<b>II. Kapitalrücklage</b>	<b>€</b>	<b>617.375,87</b>	
	( i.Vj. €	617.375,87	)

<u>Zusammensetzung:</u>	Stand
	31.12.2005
	€
a) Zusätzl. übertragenes Anlageverm. S-H	69.793,61
b) Zusätzl. übertragenes Anlageverm. FHH	39.582,26
c) Übertragener Warenbestand FHH	29.000,00
d) Übertragener Warenbestand S-H	9.000,00
e) Kapitaleinlage 2004 Hamburg	200.000,00
f) Investitionszuschuss 2004 S-H	270.000,00
	617.375,87

Im Berichtsjahr haben sich keine Veränderungen ergeben.

<b>III. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</b>	<b>€</b>	<b>0,00</b>
	( i.Vj. €	0,00 )

Nach § 11 Abs. 4 des Staatsvertrages haben die Anstaltsträger der Eichdirektion Nord den entstandenen Verlust auszugleichen, so dass sich ein ausgeglichenes Ergebnis ergibt. Hiervon ausgenommen wären nur Verluste der Eichdirektion Nord aus Aufgaben, die nicht nach § 3 Abs. 1 und Abs. 3 des Staatsvertrages übertragen wurden.

## B. RÜCKSTELLUNGEN

1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	<b>€</b>	<b>6.419.807,00</b>
	( i.Vj. €	5.362.802,00 )

### Zusammensetzung und Entwicklung:

	Stand 01.01.2005	Verbrauch	Zuführung	Stand 31.12.2005
	€	€	€	€
Pensionen S-H und FHH	5.362.802,00	44.446,09	1.101.451,09	6.419.807,00
	<u>5.362.802,00</u>	<u>44.446,09</u>	<u>1.101.451,09</u>	<u>6.419.807,00</u>

Für Pensionsverpflichtungen hatte die Eichdirektion Nord zum 01.01.2004 Rückstellungen in der Höhe zu bilden, in der diese zum 31.12.2003 bei den Eichdirektionen FHH und S-H bestanden haben. Da diese Verpflichtungen von den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein zu tragen sind, wurde in identischer Höhe zum 01.01.2004 eine Forderung gegen die Länder eingestellt.

Die Berechnung der Pensionsrückstellungen erfolgte anhand eines versicherungsmathematischen Gutachtens unter Berücksichtigung eines Zinssatzes von 6 %. Die Grunddaten (Alter, Dienstzeitzugehörigkeit usw.) wurden dem Gutachter von der Eichdirektion zur Verfügung gestellt.

Der Zinssatz von 6 % liegt noch innerhalb des handelsrechtlich zulässigen Bereichs. Unter Berücksichtigung der erwarteten langfristigen Rendite von Vermögensanlagen ist dieser Zinssatz zu hinterfragen. Allerdings ist auch zu berücksichtigen, dass kurzfristig wechselnde Berechnungsgrundlagen eine kontinuierliche langfristige Ertragsplanung erschweren.

**Anlage 2**  
Seite 10

Zu beachten ist, dass in dem versicherungsmathematischen Gutachten 2005 die ab diesem Jahr gültigen Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck angewandt wurden. Dies hatte einen Mehrbedarf an Rückstellungsbildung in Höhe von rd. T€ 583 zur Folge.

Die Bestände zum Ende des Jahres setzen sich wie folgt zusammen:

	€
Pensionen Schleswig-Holstein	3.386.226,00
Pensionen Freie und Hansestadt Hamburg	3.033.581,00
	6.419.807,00

**2. Sonstige Rückstellungen**

€ **1.631.383,26**  
 (i.Vj. € 1.036.964,52 )

Zusammensetzung und Entwicklung:

	Stand 01.01.2005	V) A)	Verbrauch Auflösung	Zuführung	Stand 31.12.2005
	€		€	€	€
Prüfung Jahresabschluss		V)	23.205,00		
- 2004	25.000,00	A)	1.795,00	0,00	0,00
- 2005	0,00		0,00	17.875,00	17.875,00
Ansprüche Altersteilzeit	642.263,66	V)	70.883,11	180.853,45	752.234,00
Beihilfeverpflichtungen	216.146,98		0,00	523.081,02	739.228,00
Urlaub					
- 2004	128.553,88	V)	128.553,88	0,00	0,00
- 2005	0,00		0,00	122.046,26	122.046,26
Sonstige Rückstellungen	25.000,00	V) A)	5.583,66 19.416,34	0,00	0,00
		V)	228.225,65		
	1.036.964,52	A)	21.211,34	843.855,73	1.631.383,26

Die Rückstellungen wurden grundsätzlich nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung gebildet und entsprechen den zu erwartenden Ausgaben.

Die Rückstellungen für Altersteilzeitansprüche waren zu bilden für Ansprüche von Mitarbeitern, die das sog. Blockmodell in Anspruch nehmen. Die Höhe bestimmt sich nach der Verpflichtung, in der Freistellungsphase Gehalt zahlen zu müssen, ohne eine Gegenleistung aus dem Beschäftigungsverhältnis zu erhalten.



**Anlage 2**  
Seite 11

Die Berechnung der Altersteilzeitrückstellungen erfolgte erstmalig anhand eines versicherungsmathematischen Gutachtens unter Berücksichtigung eines Zinssatzes von 5,5 %. Die Grunddaten (Alter, ATZ-Beginn usw.) wurden dem Gutachter von der Eichdirektion zur Verfügung gestellt.

Die Bestände zum Ende des Jahres setzen sich wie folgt zusammen:

	€
Ansprüche Altersteilzeit Schleswig-Holstein	442.174,00
Ansprüche Altersteilzeit Freie und Hansestadt Hamburg	<u>310.060,00</u>
	<u>752.234,00</u>

Die Eichdirektion hat an beihilfeberechtigte Personen Beihilfeleistungen nach der Beihilfeverordnung zu erbringen.

Die Rückstellung für Beihilfeverpflichtungen wurde erstmalig anhand eines versicherungsmathematischen Gutachten unter Berücksichtigung eines Zinssatzes von 5,5 % ermittelt.

Die Bestände zum Ende des Jahres setzen sich wie folgt zusammen:

	€
Beihilfeverpflichtungen Schleswig-Holstein	449.062,00
Beihilfeverpflichtungen Freie und Hansestadt Hamburg	<u>290.166,00</u>
	<u>739.228,00</u>

Die Rückstellungen für Urlaubsansprüche wurden gebildet, um den noch nicht in Anspruch genommenen Resturlaub zeitgerecht zuzuordnen.

Mit der Erstellung von Gutachten zur Ermittlung der Rückstellungen für Altersteilzeit und Beihilfe ist die EDN unserer Empfehlung nachgekommen.

**C. VERBINDLICHKEITEN**

**1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen**

	<b>€</b>	<b>73.805,71</b>
( i.Vj. €	€	31.557,75 )

Eine Zusammenstellung der Verbindlichkeiten zum 31.12.2005 liegt vor. Sie wurden anhand von Rechnungen nachgewiesen und mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Sämtliche Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von unter einem Jahr.

**2. Verbindlichkeiten gegenüber Anstaltsträgern**

	<b>€</b>	<b>0,00</b>
( i.Vj. €	€	418.410,43 )

**3. Sonstige Verbindlichkeiten**

	<b>€</b>	<b>5.905,60</b>
( i.Vj. €	€	4.945,70 )

Zusammensetzung:

	€
Verbindlichkeiten gegenüber Personal	5.092,17
Umsatzsteuer-VZ 12/2005	764,83
Sonstiges	48,60
	5.905,60
	5.905,60

Die Verbindlichkeiten wurden durch Rechnungen nachgewiesen und mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

**II. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung  
für die Zeit vom 01. Januar 2005 bis zum 31. Dezember 2005**

	<b>2005</b>	Vorjahr
	€	€
<b>1. Erlöse aus Gebühren</b>		
Gebühren nicht umsatzsteuerpflichtig	4.422.096,56	4.503.900,67
Gebühren umsatzsteuerpflichtig	169.859,88	140.043,60
Einnahmen Ordnungswidrigkeiten abzgl. Kleinstdifferenzen	27.740,80 -19,66	22.171,45 -32,01
	<b>4.619.677,58</b>	<b>4.666.083,71</b>
 <b>2. Sonstige betriebliche Erträge</b>		
Personalkostenerstattung S-H	0,00	19.804,22
Erstattung Versorgungsrückstellung FHH	7.560,91	7.566,43
Erträge Dataport	0,00	40.900,00
Versicherungsentschädigungen	107,44	6.552,31
Einnahmen Mahngebühren	9.865,78	5.440,73
Erstattung Vollstreckungsauslagen	2.180,00	0,00
Einnahmen Vermietung und Verpachtung	5.381,64	4.725,48
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	21.211,34	0,00
Erträge aus der Herabsetzung von Pauschalwertberichtigung auf Forderungen	7.852,73	0,00
Sonstige Erträge	7.442,82	6.957,49
	<b>61.602,66</b>	<b>91.946,66</b>
 <b>3. Materialaufwand</b>		
<b>Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren</b>		
Hilfs- und Betriebsstoffe	0,00	174,26
Beschussmaterial	12.195,42	4.889,29
Gas	7.077,09	5.053,98
Eichbedarf	30.428,49	-683,95
Erhaltene Skonti	-932,89	-1.300,64
Anschaffungsnebenkosten	0,00	27,09
Bestandsveränderung	-5.733,60	-4.731,60
	<b>43.034,51</b>	<b>3.428,43</b>

**Anlage 2**  
Seite 14

	<b>2005</b>	Vorjahr
	€	€
<b>4. Personalaufwand</b>		
<b>a) Löhne und Gehälter</b>		
Besoldung	1.230.287,67	1.208.970,72
Gehälter	1.335.449,57	1.396.921,17
Löhne	148.595,15	131.795,57
Altersteilzeit	434.158,53	143.173,48
Zeitarbeitskräfte	25.086,16	0,00
	<b>3.173.577,08</b>	2.880.860,94
<b>b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung</b>		
Gesetzlicher Sozialaufwand	310.800,32	317.667,47
Unfallkasse	5.520,91	7.000,00
Beihilfe	98.203,73	90.982,94
Pensionszahlungen aktuell	873,25	19.894,59
Veränderung Rückstellung Beihilfe	523.081,02	18.000,00
abzgl. Erstattungen Beihilfezahlungen 2005	-4.926,42	0,00
abzgl. Veränderung Forderungen Beihilfen gegen Anstaltsträger	-370.823,68	0,00
Veränderung Pensionsrückstellungen insgesamt	1.057.005,00	420.669,00
abzgl. Veränderung Forderungen Pensionen gegen Anstaltsträger	-853.301,00	-291.160,00
	<b>766.433,13</b>	583.054,00
<b>Summe Personalaufwand</b>	<b>3.940.010,21</b>	3.463.914,94
<b>5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen</b>		
Immaterielle Vermögensgegenstände	39.420,80	39.224,02
Technische Anlagen und Maschinen	152.294,46	184.263,20
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	189.231,32	173.895,80
	<b>380.946,58</b>	397.383,02

**Anlage 2**  
Seite 15

	<u>2005</u>	<u>Vorjahr</u>
	€	€
<b>6. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>		
<u>Raumkosten</u>		
Mieten Gebäude	384.396,25	404.774,43
Bewirtschaftungskosten allgemein	0,00	18.000,00
Heizung	39.330,41	23.198,38
Gas, Strom, Wasser	26.512,33	27.179,73
Betriebskosten FHH	6.997,36	8.400,00
Reinigung	91.110,25	75.373,36
Instandhaltung	25.772,69	19.175,82
	<u>574.119,29</u>	<u>576.101,72</u>
<u>Fahrzeugkosten</u>		
Laufende Kfz-Betriebskosten	58.564,40	47.753,81
Kfz-Reparaturen	34.648,10	30.832,51
Kfz-Versicherungen	11.665,68	10.900,94
Sonstige Kfz-Kosten	12.834,51	4.181,44
Garagenmieten	22.410,68	22.450,68
	<u>140.123,37</u>	<u>116.119,38</u>
<u>Verschiedene betriebliche Kosten</u>		
Reparatur und Instandhaltung Anlagen und Maschinen sowie Rückbau	48.253,00	15.220,57
Wartungskosten Hard- und Software	9.173,28	12.929,16
Kopierer	8.308,95	6.865,67
Werbekosten, Anzeigen	16.771,98	0,00
Reisekosten Arbeitnehmer	39.801,37	36.165,61
Wegstreckenentschädigung	26.276,66	27.376,76
Trennungsgeld	7.408,67	1.795,41
Nicht abzugsfähige Vorsteuern	0,00	42.665,66
Beiträge DAM/GEZ	9.750,66	11.802,49
Porto/Telekommunikation/ Internet	67.342,59	37.783,82
Datenleitungen	104.230,56	72.735,30
Arbeitsmedizinische Untersuchung	4.222,20	1.578,60
Frachtkosten	1.348,73	1.237,59
Bürobedarf	11.252,77	7.388,85
Zeitschriften, Bücher	3.929,60	3.822,80
Arbeits- und Schutzbekleidung	5.238,00	4.780,73
Fortbildungskosten	17.102,24	8.279,83
	<u>380.411,26</u>	<u>292.428,85</u>
Übertrag:	380.411,26	292.428,85

**Anlage 2**  
Seite 16

	<b>2005</b>	Vorjahr
	€	€
Übertrag:	380.411,26	292.428,85
Rechts- und Beratungskosten	22.087,00	5.719,86
Personaldienstleistungen	20.795,35	12.682,63
Buchführung, Abschluss- und Prüfungskosten	22.439,71	26.842,10
Sonstige Kosten	15.543,25	45.633,36
Periodenfremde Aufwendungen	33.312,68	0,00
Verluste aus Anlagenabgängen	5.796,48	0,00
Andere Aufwendungen	0,00	814,94
	500.385,73	384.121,74

Die periodenfremden Aufwendungen betreffen im Wesentlichen Endabrechnungen für die Miete des Datennetzes Schleswig-Holstein für 2004.

Verluste aus Wertberichtigungen

Forderungsverluste	5.336,82	0,00
Einstellung in Einzelwertberichtigung auf Forderungen	19.671,30	0,00
	25.008,12	0,00

Es ist darauf hinzuweisen, dass Forderungsverluste und Wertberichtigungen im Vorjahr nicht gesondert gebucht, sondern bei sonstigen Kosten mit erfasst wurden.

<b>Summe sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	<b>1.239.636,51</b>	<b>1.076.342,84</b>
-------------------------------------------------	---------------------	---------------------

**7. Zinsen und ähnliche Erträge**

Zinsen	15.500,77	2.981,74
--------	-----------	----------

<b>8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>906.846,80</b>	<b>180.057,12</b>
--------------------------------------------------------	-------------------	-------------------

**Anlage 2**  
Seite 17

	<b>2005</b>	Vorjahr
	€	€
<b>9. Sonstige Steuern</b>	<b>7.952,20</b>	7.573,91
Ausgewiesen ist die Kfz-Steuer.		
<b>10. Erträge aus Verlustübernahme</b>		
Erträge aus Verlustübernahme FHH	108.767,17	23.558,39
Erträge aus Verlustübernahme S-H	806.031,83	164.072,64
	<b>914.799,00</b>	187.631,03
<b>11. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</b>	<b>0,00</b>	0,00

**J a h r e s a b s c h l u s s**  
**zum 31. Dezember 2005**  
**und**  
**L a g e b e r i c h t**  
**für das Geschäftsjahr 2005**

**der**  
**Eichdirektion Nord**  
**Düppelstraße 63**  
**24105 Kiel**



Eichdirektion Nord, Kiel

## BILANZ zum 31. Dezember 2005

## AKTIVA

	Stand 31.12.2005			Stand 31.12.2004	
	€	€	€	€	€
<b>A. Anlagevermögen</b>					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		32.336,20		72.069,00	
II. Sachanlagen					
1. Technische Anlagen und Maschinen	762.042,71			887.516,83	
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	740.742,53	1.502.785,24	1.535.121,44	714.192,48	1.673.778,31
<b>B. Umlaufvermögen</b>					
I. Vorräte					
Fertige Erzeugnisse und Waren		60.011,07			63.590,02
II. Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände					
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	406.841,72			357.163,89	
davon mit einer Restlaufzeit mehr als 1 Jahr	(0,00)			(0,00)	
2. Forderungen gegen Anstaltsträger	7.010.442,60			5.947.468,59	
davon mit einer Restlaufzeit mehr als 1 Jahr	(6.838.686,00)			(5.899.939,67)	
3. Sonstige Vermögensgegenstände	4.917,81	7.422.202,13		34.366,67	6.338.999,15
davon mit einer Restlaufzeit mehr als 1 Jahr	(0,00)			(0,00)	
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		1.394.377,58	8.876.590,78		1.063.687,11
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			116.565,22		112.021,68
<b>BILANZSUMME</b>			10.528.277,44		9.252.056,27

Eichdirektion Nord, Kiel

## BILANZ zum 31. Dezember 2005

## PASSIVA

	Stand 31.12.2005		Stand 31.12.2004	
	€	€	€	€
<b>A. Eigenkapital</b>				
I. Stammkapital	1.780.000,00		1.780.000,00	
II. Kapitalrücklage	617.375,87		617.375,87	
III. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0,00	2.397.375,87	0,00	2.397.375,87
<b>B. Rückstellungen</b>				
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	6.419.807,00		5.362.802,00	
2. Sonstige Rückstellungen	1.631.383,26	8.051.190,26	1.036.964,52	6.399.766,52
<b>C. Verbindlichkeiten</b>				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	73.805,71 (73.805,71)		31.557,75 (31.557,75)	
2. Verbindlichkeiten gegenüber Anstaltsträgern davon mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	0,00 (0,00)		418.410,43 (418.410,43)	
3. Sonstige Verbindlichkeiten davon mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	5.905,60 (5.905,60)	79.711,31	4.945,70 (4.945,70)	454.913,88
<b>BILANZSUMME</b>		10.528.277,44		9.252.056,27

Eichdirektion Nord, Kiel

**Gewinn- und Verlustrechnung**  
für die Zeit vom 01.01.2005 bis 31.12.2005

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	€	€	€	€
1. Erlöse aus Gebühren		4.619.677,58		4.666.083,71
2. Sonstige betriebliche Erträge		61.602,66		91.946,66
3. Materialaufwand				
Aufwendungen für Roh-, Hilfs, und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		-43.034,51		-3.428,43
<b>Rohergebnis</b>		<b>4.638.245,73</b>		<b>4.754.601,94</b>
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	-3.173.577,08		-2.880.860,94	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung	-766.433,13 (204.577,25)	-3.940.010,21	-583.054,00 (149.403,59)	-3.463.914,94
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlage- vermögens und Sachanlagen		-380.946,58		-397.383,02
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-1.239.636,51		-1.076.342,84
<b>Zwischensumme</b>		<b>-922.347,57</b>		<b>-183.038,86</b>
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		15.500,77		2.981,74
<b>8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>		<b>-906.846,80</b>		<b>-180.057,12</b>
9. Sonstige Steuern		-7.952,20		-7.573,91
10. Erträge aus Verlustübernahme		914.799,00		187.631,03
<b>11. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</b>		<b>0,00</b>		<b>0,00</b>

# Eichdirektion Nord, Kiel

## Entwicklung des Anlagevermögens (Anlagengitter) zum 31.12.2005

	Stand	Zugänge	Abgänge im	Stand	Abschreibungen			Gesamt	Zuschreibung im laufenden Geschäftsjahr	Buchwert 31.12.2005	Buchwert 31.12.2004
	01.01.2005 zu AK/HK*	zu AK/HK	Geschäftsjahr zu AK/HK	31.12.2005 zu AK/HK	aus Vorjahren	laufendes Geschäftsjahr	Berichtigung w. Abgang				
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>											
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	188.902,46	0,00	1.071,35	187.831,11	116.833,46	39.420,80	-759,35	155.494,91	0,00	32.336,20	72.069,00
<b>II. Sachanlagen</b>											
1. Technische Anlagen und Maschinen	2.261.510,85	27.795,60	9.439,63	2.279.866,82	1.373.994,02	152.294,46	-8.464,37	1.517.824,11	0,00	762.042,71	887.516,89
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.819.886,91	227.571,67	155.057,18	1.892.401,40	1.105.694,43	189.231,32	-143.266,88	1.151.658,87	0,00	740.742,53	714.192,48
	4.081.397,76	255.367,27	164.496,81	4.172.268,22	2.479.688,45	341.525,78	-151.731,25	2.669.482,98	0,00	1.502.785,24	1.601.709,37
<b>Gesamt</b>	4.270.300,22	255.367,27	165.568,16	4.360.099,33	2.596.521,91	380.946,58	-152.490,60	2.824.977,89	0,00	1.535.121,44	1.673.778,37

\* AK/HK = Anschaffungskosten / Herstellungskosten

**A N H A N G**  
**zum 31. Dezember 2005**  
**der Eichdirektion Nord, Kiel**

**I. Allgemeine Angaben**

**1. Grundlagen der Rechnungslegung**

Der vorliegende Jahresabschluss wurde nach den maßgeblichen Vorschriften des Handelsgesetzbuches aufgestellt. Die Eichdirektion Nord wurde durch das Gesetz des Landes Schleswig-Holstein vom 11. Dezember 2003 sowie durch Gesetz der Freien und Hansestadt Hamburg vom 20. Dezember 2003 zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Errichtung der Eichdirektion Nord als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Wirkung vom 01. Januar 2004 mit Sitz in Kiel errichtet.

Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung sind entsprechend den Bestimmungen des HGB gem. §§ 266, 275 HGB gegliedert. Die Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren gem. § 275 Abs. 2 HGB erstellt.

Es wurden rechtsformspezifische Anpassungen vorgenommen.

Posten der Bilanz, die sowohl am Bilanzstichtag als auch am Bilanzstichtag des Vorjahres keinen Betrag ausweisen, sind nicht aufgeführt.

**2. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze**

Mit dem In-Kraft-Treten des Staatsvertrages sind das Referat Eichdirektion der Behörde für Wirtschaft und Arbeit der Freien und Hansestadt Hamburg sowie das dem schleswig-holsteinischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zugeordnete Amt für das Eichwesen einschließlich der Eichämter Kiel, Lübeck, Flensburg und Elmshorn im Wege der Gesamtrechtsnachfolge und die ihnen zuzuordnenden Sachgesamtheiten, Forderungen und immateriellen Vermögensgegenstände auf die Eichdirektion Nord übergegangen.

**Immaterielle Vermögensgegenstände** wurden zu Anschaffungskosten angesetzt und um planmäßige Abschreibungen vermindert.

Die **Sachanlagen** sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der Nutzungsdauer, angesetzt.

Als Abschreibungsmethode wurde die lineare Absetzung für Abnutzung gewählt.

Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr des Zugangs gem. § 6 Abs. 2 EStG voll abgeschrieben. Bei der Darstellung im Anlagengitter wird Vollabschreibungen im Anschaffungsjahr ein fiktiver Abgang im gleichen Jahr unterstellt.

Die **Vorräte** sind nach den folgenden Grundsätzen aktiviert worden:

**Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und Waren** wurden mit den Anschaffungskosten bzw. unter Beachtung des Niederstwertprinzips mit dem niedrigeren, am Abschlussstichtag beizulegenden Wert angesetzt.

Die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** wurden grundsätzlich zum Nominalwert angesetzt. Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden Einzelwertberichtigungen für akute Ausfallrisiken gebildet.

**Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks** sind zum Nennwert angesetzt.

Bei den **Eigenkapitalpositionen** ist das Stammkapital in Höhe von T€ 1.780 ausgewiesen (s. § 2 des Staatsvertrages). Davon hat die Freie und Hansestadt Hamburg durch Sacheinlage T€ 530, das Land Schleswig-Holstein T€ 1.250 geleistet. Die über diese Beträge in die Anstalt hinausgehenden Sach- und Kapitaleinlagen werden in der Kapitalrücklage ausgewiesen.

Die **Rückstellungen** beinhalten sämtliche, nach vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung erkennbaren Risiken.

Die **Pensionsrückstellungen** beruhen auf versicherungsmathematischen Berechnungen und werden auf der Basis eines Zinsfußes von 6 % bewertet. Den Rückstellungen liegen die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck zugrunde.

Die in den **sonstigen Rückstellungen** enthaltenen **Rückstellungen für Altersteilzeit und Beihilfeverpflichtungen** beruhen auf versicherungsmathematischen Berechnungen und werden auf der Basis eines Zinsfußes von 5,5 % bewertet.

Die **Verbindlichkeiten** sind mit ihrem Rückzahlungsbetrag passiviert.

## II. Erläuterungen zur Bilanz

### Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist dem Anlagengitter zu entnehmen. Die Abschreibungen des laufenden Geschäftsjahres ergeben sich aus dem Anlagengitter (§ 268 Abs. 2 Satz 3 HGB).

### Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände stellen sich wie folgt dar:

	T€	Davon mit Restlaufzeit > 1 Jahr T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	407	0
Forderungen gegen Anstaltsträger	7.010	6.839
Sonstigen Vermögensgegenstände	5	0

## Rückstellungen

Im Geschäftsjahr 2005 wurden Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in Höhe von T€ 6.420 passiviert.

Die sonstigen Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	T€
Urlaubsrückstellungen Eichdirektion Nord 2005	122
Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen	752
Rückstellungen für Abschluss- und Prüfungskosten	18
Rückstellungen für Beihilfe	<u>739</u>
	<u><u>1.631</u></u>

## Verbindlichkeiten

Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten gliedern sich wie folgt:

	Gesamt- betrag	davon Restlaufzeit	
	T€	bis 1 Jahr T€	> 5 Jahre T€
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	74	74	0
Sonstige Verbindlichkeiten	<u>6</u>	<u>6</u>	<u>0</u>
	<u><u>80</u></u>	<u><u>80</u></u>	<u><u>0</u></u>

Für die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen bestehen die üblichen Eigentumsvorbehalte. Im Übrigen sind die Verbindlichkeiten unbesichert.

## Haftungsverhältnisse

Haftungsverhältnisse nach § 251 HGB bestehen nicht.

### Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum Bilanzstichtag bestanden die folgenden finanziellen Verpflichtungen:

- a) Unbefristeter Mietvertrag für die Liegenschaft in Hamburg (rd. 159.000 €/Jahr).
- b) Mietverträge für die Liegenschaften in Kiel (rd. 71.000 €/Jahr), Lübeck (rd. 61.000 €/Jahr) und Elmshorn (rd. 62.000 €/Jahr), befristet bis 31.12.2011.
- c) Bewirtschaftungsverträge für die Liegenschaften Kiel (rd. 60.000 €/Jahr), Lübeck (rd. 37.000 €/Jahr), Elmshorn (rd. 27.000 €/Jahr) und Flensburg (rd. 8.000 €/Jahr), befristet bis 31.12.2009.
- d) Unbefristeter Mietvertrag für die Liegenschaft Flensburg (rd. 23.000 €/Jahr).
- e) Vertrag über den Anschluss der Eichdirektion Nord an das Landesnetz Schleswig-Holstein (Sprachnetz) bis zum 30.09.2009 (z.Zt. T€ 1,5 netto/Monat).

### III. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die **Umsatzerlöse** gliedern sich wie folgt auf:

	2005	Vorjahr
	T€	T€
Gebühren ohne Umsatzsteuer	4.422	4.504
Gebühren mit Umsatzsteuer	170	140
Einnahmen Ordnungswidrigkeiten	28	22
	<u>4.620</u>	<u>4.666</u>

Wesentliche **periodenfremde Erträge** sind in den sonstigen betrieblichen Erträgen in Höhe von T€ 21 aus der Auflösung von Rückstellungen enthalten.

Wesentliche **periodenfremde Aufwendungen** sind in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von T€ 33 enthalten.



#### **IV. Sonstige Angaben**

##### **1. Personalstand**

Im Geschäftsjahr 2005 waren durchschnittlich 34 Beamtinnen und Beamte, 41 Angestellte und 5 Lohnempfänger beschäftigt. Der Vorstand wird zur Zeit aus zwei Angestellten (I BAT bzw. Ib BAT) gebildet.

Die Berechnung erfolgte methodisch nach § 267 Abs. 5 HGB.

##### **2. Vorstand**

Während des Geschäftsjahres 2005 lag die Führung der Geschäfte bei:

Herrn Dipl.-Ing. Eckehard Liebthal  
(kaufmännischer Vorstand und Sprecher des Vorstandes)

Herrn Dipl.-Ing. Johann Remlein (bis 31.07.2005)  
(technischer Vorstand)

Herrn Dr. Herbert Weit (ab 01.11.2005).

Ab dem 01.05.2006 ist Herr Jürgen Ehlers als kaufmännischer Vorstand für Herrn Dipl.-Ing. Eckehard Liebthal in den Vorstand eingetreten.

Kiel, 27. Juni 2006

Eichdirektion Nord

---

Jürgen Ehlers

---

Dr. Herbert Weit

## **Lagebericht für das Geschäftsjahr 2005 der Eichdirektion Nord, Kiel**

### **1. Geschäftsverlauf**

#### **1.1 Beschreibung des Geschäfts**

Die Eichdirektion Nord existiert als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Kiel seit dem 01. Januar 2004. Sie ist durch Staatsvertrag aus dem Referat Eichdirektion der Behörde für Wirtschaft und Arbeit der Freien und Hansestadt Hamburg sowie dem schleswig-holsteinischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zugeordneten Amt für das Eichwesen einschließlich der Eichämter Kiel, Lübeck, Flensburg und Elmshorn im Wege Gesamtrechtsnachfolge entstanden.

Träger der Eichdirektion Nord sind die Freie und Hansestadt Hamburg und das Land Schleswig-Holstein.

Der Eichdirektion Nord obliegen die nach dem Eichgesetz und nach dem Gesetz über Einheiten im Messwesen sowie der jeweils darauf gestützten Rechtsverordnungen in der jeweils geltenden Fassung durchzuführenden Aufgaben des gesetzlichen Messwesens soweit sie der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg und die zuständige oberste Landesbehörde des Landes Schleswig-Holstein durch Rechtsverordnung auf die Eichdirektion Nord übertragen haben. Insofern ist die Eichdirektion Nord als Behörde für die Durchführung hoheitlicher Eich- und Überwachungsaufgaben in Hamburg und Schleswig-Holstein zuständig.

Für den Bereich des Landes Schleswig-Holstein ist die Eichdirektion Nord auch für den amtlichen Beschuss nach dem Beschussgesetz zuständig.

#### **1.2 Branche und Rahmenbedingungen**

Das Arbeitsgebiet der Eichbehörden in Deutschland ist beschränkt auf das jeweilige Bundesland. Ein länderübergreifender Wettbewerb zwischen Eichbehörden ist auf Grund der entsprechenden Hoheitsrechte der einzelnen Bundesländer nicht gegeben. Ausnahmen hiervon gibt es nur bei beweglichen Messgeräten, wenn der Messgeräteeinhaber das entsprechende Gerät einer von ihm gewählten Eichbehörde vorstellt und in Sonderbereichen, in denen eine hohe technische Spezialisierung bei einer Eichbehörde gegeben ist. In diesem Fall werden die Eichaufgaben von den jeweiligen Eichbehörden an diese spezialisierte Behörde abgegeben. Grundsätzlich gilt das Regionalprinzip.

Die Entwicklung im gesetzlichen Mess- und Eichwesen ist auf Grund relativ detaillierter Tätigkeits- und Arbeitsberichte der einzelnen Eichbehörden gut nachzuvollziehen.

Grundsätzlich ist über die letzten Jahre ein Rückgang der Eich- und Prüftätigkeiten festzustellen. Die Anzahl der zu eichenden Geräte schwankt dabei typischerweise in einem 2 Jahres Rhythmus in Abhängigkeit der Eichgültigkeit, die für die meisten Geräte 2 Jahre beträgt. Deshalb muss zur Beurteilung der Entwicklung ein größerer Zeitraum betrachtet werden.

Der Rückgang der eichtechnisch zu behandelnden Geräte ist hauptsächlich in einem Abbau der Eichpflicht für verschiedene Gerätegruppen sowie in Veränderungen der Eichgültigkeitsdauer begründet. Im Zeitraum von 2000 bis 2004 ist die Zahl der eichamtlich behandelten Geräte bundesweit um 8,1 % zurückgegangen, im Bereich der Eichdirektion Nord sogar um 10,5 %.

Die Gesamtzahl der Eichungen und Prüfungen der Eichdirektion Nord gliedert sich in die Hauptgruppen:

- Nacheichung von im Verkehr befindlichen Geräten, Anteil 84,5 %
- Ersteichung von neu in den Verkehr gebrachten Geräten, Anteil 7,1 %
- Vorprüfung von Komponenten, die später zu kompletten Messgeräten montiert werden, Anteil 7,7%
- Sonstige Prüfungen, Befundprüfungen, Anteil 0,7 %

Der Rückgang der Nacheichungen beträgt bundesweit im Zeitraum 2000 bis 2004 25,4 %, im Bereich der Eichdirektion Nord 21,4 %. Dies ist bedingt durch die schon genannte Reduzierung eichpflichtiger Gerätegruppen, z.B. Medizingeräte, und durch die Verlängerung von Eichpflichten.

Dieser Rückgang der Nacheichungen wird zum Teil kompensiert durch Ersteichungen und Vorprüfungen, die in gewissen Bereichen zugenommen haben. Diese Veränderung in der Anzahl von Eich- und Prüfungsvorgängen ist von Bedeutung für die spätere Risikobetrachtung.

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Anzahl der eichtechnisch behandelten Geräte stabil geblieben.

Jahr	Gesamtzahl	davon Hamburg	davon Schleswig-Holstein
2004	57.505	23.199	34.306
2005	57.550	24.580	32.970

Im Bereich der Fertigpackungskontrolle wurden 861 Stichproben gezogen.

Bundesweite Vergleichszahlen für 2005 liegen zurzeit noch nicht vor.

### 1.3 Umsatz-/Geschäftsfelder

Die Geschäftsfelder der Eichdirektion Nord gliedern sich in die zwei Hauptbereiche, die Durchführung der gesetzlichen Eich- und Beschussaufgaben sowie Leistungen außerhalb des gesetzlich geregelten Bereichs. Hierbei tragen die gesetzlichen Aufgaben zu ca. 96 % zum Umsatz bei.

Zur Durchführung der gesetzlichen Aufgaben gehören auch gebührenfreie Tätigkeiten wie die Marktüberwachung und Eichungen für Behörden. Im Jahr 2005 wurden 1.236 Eichungen für Behörden bei einem Einnahmeausfall durch diese Tätigkeit von 117 T€ durchgeführt.

Um eine Relation der Umsatzentwicklung der Eichdirektion Nord zur bundesweiten Entwicklung zu erhalten, wurden die bislang vorliegenden Ergebnisse der Bundesländer (dies sind ca. 55 % des zu erwartenden bundesweiten Gesamtumsatzes) für die Jahre 2004 und 2005 verglichen. Hierbei ergibt sich bundesweit ein Einnahmerückgang von ca. 4,5%, der weitgehend durch die oben dargestellten Schwankungen in der Anzahl der eichpflichtigen Messgeräte erklärt werden kann.

	<u>Berichtsjahr</u>	<u>Vorjahr</u>	<u>Veränderung</u>
	T€	T€	
Gesamtumsatz	4.620	4.666	-1,0 %
Gesetzliche eichtechn. Messungen	4.422	4.504	-1,8 %
Ordnungswidrigkeiten	28	22	27,3 %
Verleih- und Belastungsfahrzeug	170	140	21,4 %

Für den Bereich der Eichdirektion Nord zeigt sich ein deutlich günstigeres Ergebnis. Der Rückgang des Gesamtumsatzes betrug nur 1 %.

Der Umsatz im Bereich der eichtechnischen gesetzlichen Messungen verringerte sich um 1,8 %.

Die Bereiche Ordnungswidrigkeit und umsatzsteuerpflichtige Erlöse - dies sind in der Hauptsache Einnahmen aus dem Verleih von Gewichten und Normalen sowie aus den Tätigkeiten des Belastungsfahrzeuges - nahmen zu.

Insbesondere der Einnahmezuwachs durch das Belastungsfahrzeug ist erfreulich. Hier wird im Wettbewerb mit anderen Anbietern gearbeitet. Es ist davon auszugehen, dass durch weitere Optimierung beim Betrieb des Belastungsfahrzeuges in Zukunft die Einnahmesituation für diesen Bereich noch verbessert werden kann. Der Bereich der umsatzsteuerpflichtigen Erlöse trägt 2005 mit 3,7 % zum Gesamtergebnis bei (2004 ca. 2,9 %).

### 1.4 Personalsituation

Zum 31.12.2005 betrug die Gesamtzahl der Beschäftigten der Eichdirektion Nord 80 Personen (einschl. zwei beurlaubter Beamtinnen und drei Beschäftigter in der Freistellungsphase).

In 2005 sind 2 Beschäftigte in die Freistellungsphase der Altersteilzeit übergegangen, 2 weitere Beschäftigte haben durch Auflösung des Arbeitsvertrages bzw. Eintritt in die Rente die Eichdirektion Nord verlassen.

Im Jahr 2006 werden insgesamt 6 Mitarbeiter aus dem aktiven Dienst der Eichdirektion Nord ausscheiden. Davon werden 4 Mitarbeiter in die Freistellungsphase der Altersteilzeit übertreten.

Während die Personalabgänge 2005 durch regionale Umschichtung in den einzelnen Dienststellen kompensiert werden konnten, wird für die Kompensation des ausgeschiedenen aktiven Personals eine organisatorische und regionale Umstrukturierung der Eichdirektion Nord notwendig werden. Ohne diese Maßnahme werden wichtige Arbeitsbereiche, insbesondere in Hamburg, nicht abzudecken sein.

## 1.5 Sonstiges

Im Jahr 2005 wechselte der technische Vorstand Herr Remlein zum 01.08.2005 in die Freistellungsphase der Altersteilzeit. Als neuer technischer Vorstand wurde Herr Dr. Herbert Weit zum 01.11.2005 eingestellt. Mit dieser personellen Veränderung erfolgte auch die Zusammenlegung des Sitzes der Vorstände nach Kiel. Die Leitung der Eichdirektion Nord kann nun unter Nutzung einer gemeinsamen Infrastruktur wesentlich enger und effektiver zusammen arbeiten.

## 2. Lage der Eichdirektion 2005

### 2.1 Vermögenslage

	<u>Berichtsjahr</u>	<u>Vorjahr</u>	<u>Veränderung</u>
	T€	T€	T€
Anlagevermögen	1.535	1.674	-139

Das Anlagevermögen ist im Jahr 2005 durch planmäßige Abschreibungen um 381 T€ und durch Anlagenabgänge um 13 T€ zurückgegangen. Neuinvestitionen wurden in Höhe von 255 T€ vorgenommen. Die Anschaffungen betrafen überwiegend den Ersatz von Kraftfahrzeugen. Darüber hinaus wurden Gewichte und EDV-Hardware ausgetauscht.

	<u>Berichtsjahr</u>	<u>Vorjahr</u>	<u>Veränderung</u>
	T€	T€	T€
Vorräte	60	64	-4
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	407	357	50
Forderungen gegen die Anstaltsträger	7.010	5.947	1.063
Sonstige Vermögensgegenstände	5	34	-29
Liquide Mittel	1.394	1.064	330
Summe Umlaufvermögen	8.877	7.466	1.411

Das Umlaufvermögen besteht im Wesentlichen aus den Forderungen an die Anstaltsträger. Der Anteil dieser Position an der Bilanzsumme liegt bei rund 67 %. Hierin sind insbesondere die Forderungen gegen die Anstaltsträger aus Pensionen, Beihilfen und Altersteilzeit enthalten.

Die liquiden Mittel lagen über dem Vorjahreswert.

	<u>Berichtsjahr</u> T€	<u>Vorjahr</u> T€	<u>Veränderung</u> T€
Stammkapital	1.780	1.780	0
Kapitalrücklage	617	617	0
Summe Eigenkapital	2.397	2.397	0

Das Eigenkapital der Eichdirektion Nord hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Vom Stammkapital in Höhe von 1.780 T€ entfallen 530 T€ auf die Freie und Hansestadt Hamburg und 1.250 T€ auf das Land Schleswig-Holstein.

In der Kapitalrücklage sind eine Kapitaleinlage der Freien und Hansestadt Hamburg in Höhe von 200 T€ und ein Investitionszuschuss des Landes Schleswig Holstein in Höhe von 270 T€ enthalten.

	<u>Berichtsjahr</u> T€	<u>Vorjahr</u> T€	<u>Veränderung</u> T€
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	6.420	5.363	1.057
Sonstige Rückstellungen	1.631	1.037	594
Summe Rückstellungen	8.051	6.400	1.651

Die Rückstellungen für Pensionen sind durch die Anwendung der neuen Sterbetafeln überproportional angestiegen. In den sonstigen Rückstellungen führte die Anpassung der Rückstellungen für Beihilfen und Altersteilzeit an die erstmalig eingeholten versicherungsmathematischen Gutachten zu der starken Steigerung.

## 2.2 Finanz- und Liquiditätslage

Die Liquidität war während des Geschäftsjahres jederzeit gewährleistet.

## 2.3 Ertragslage

	<u>Berichtsjahr</u> T€	<u>Vorjahr</u> T€	<u>Veränderung</u> T€
Betriebliche Erträge	4.681	4.758	-77
Materialaufwand	43	3	40
Rohergebnis	4638	4.755	-117
Personalaufwand	3.940	3.464	476
Abschreibungen	381	397	-16
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.239	1.076	163
Betriebsergebnis	-922	-183	-739
Finanzergebnis	16	3	13
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-907	-180	-727
Steuern	8	8	0
Erträge aus Verlustübernahme	915	188	727

Das Gebührenaufkommen aus den Eich- und Beschussaufgaben ist die Haupteinnahmequelle der Eichdirektion Nord. Es lag mit 4.422 T€ um 82 T€ unter dem Vorjahreswert. Da die Eichdirektion zugleich einen höheren Materialaufwand verzeichnete, ist das Rohergebnis um 117 T€ auf 4.638 T€ gesunken. Zudem sind die nicht gebührenpflichtigen Amtshandlungen, wie beispielsweise die Marktüberwachung und Behörden-eichungen zu berücksichtigen. Allein die Behördeneichungen stellen einen Einnahmeausfall in Höhe von 117 T€ dar.

Die Personalaufwendungen sind auf Grund von Sonder- und Einmaleffekten stark angestiegen. Die Steigerung bei den Löhnen und Gehältern ergab sich aus den Rückstellungen für Altersteilzeitverträge. Die Ursache für die starke Steigerung bei den sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung liegt in der Anwendung der neuen Sterbetafeln bei der Berechnung der Rückstellungen für Pensionen und in der Anpassung der Rückstellungen für Beihilfen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich insbesondere durch Nachzahlungen für 2004 für die Telekommunikation sowie durch gestiegene Kosten für die Datenleitungen. Außerdem stiegen die Betriebskosten für die Fahrzeuge, und betriebliche Anlagen wurden zurückgebaut. Weiterhin war die Bildung einer pauschalen Einzelwertberichtigung für die Forderungen gegen Kunden erforderlich.

Im Vergleich zum Vorjahr sind das Betriebsergebnis und das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit deutlich zurückgegangen. Der Verlust liegt aber unter dem Ansatz im Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2005 (995 T€).

Die Verlustübernahme erfolgt anteilig durch die Anstaltsträger. Die Aufteilung der Verluste zwischen den Trägern muss nach dem Grundsatz der verursachungsgerechten Zuordnung von Erträgen und Kosten auf die Kostenstellen und Kostenträger auf der Basis einer Kosten-Leistungs-Rechnung und unter Beachtung des Gebotes der Effizienz und Sparsamkeit des Rechnungswesens erfolgen und ist bedarfsgerecht anzupassen. Die verursachungsgerechte Erfassung der Kosten und Erträge für die jeweiligen Anstaltsträger ist durch die eingeführten Organisations- und Buchhaltungssysteme gewährleistet. Die Verteilung der Personalkosten auf die jeweiligen Kostenstellen und Kostenträger erfolgt über eine Zeiterfassung der festgestellten Tätigkeitsstunden aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit personengruppenbezogenen Stundenverrechnungssätzen multipliziert werden. Durch die Erfassung der Personalkosten über Stundenverrechnungssätze ergeben sich Differenzen zwischen den Ist-Personalkosten der Finanzbuchhaltung und den Personalkosten in der Kosten-Leistungs-Rechnung. Die Differenz zu den Ist-Personalkosten wird im Verhältnis der erfassten Arbeitsstunden laut Kosten-Leistungs-Rechnung verteilt, so dass eine Übereinstimmung zwischen Finanzbuchhaltung und Kosten-Leistungs-Rechnung erreicht wird. Soweit durch die Zusammenlegung der Eichverwaltungen der Trägerländer zunehmend Synergieeffekte erreicht werden, wird hierdurch eine verursachungsgerechte Ergebnisverteilung zwischen den Anstaltsträgern sichergestellt.

### 3. Risiken der künftigen Entwicklung

Die schon in der Vergangenheit angesprochenen Änderungen im Eich- und Messwesen kommen im Jahr 2006 erstmalig zum Tragen. Im Rahmen der europäischen Harmonisierung tritt zum 31.10.2006 die europäische Messgeräte-Richtlinie MID (Measurement Instrument Directive) in Kraft. Grundgedanke dieser Richtlinie ist der Ersatz von Baumusterprüfungen und Ersteichungen durch eine Konformitätserklärung der Hersteller. Während vom Wegfall der Baumusterprüfungen die physikalisch-technische Bundesanstalt (PTB) betroffen ist, betrifft der Wegfall von Ersteichungen und wahrscheinlich auch Vorprüfungen in beachtenswertem Maße die Eichdirektion Nord.

Betroffen von der MID Einführung sind, bezogen auf das Jahr 2005 ca. 5.500 Ersteichungen und Vorprüfungen. Dies sind 9,6 % der gesamten messtechnischen Untersuchungen. Das Umsatzvolumen für diese Ersteichungen und Vorprüfungen beläuft sich auf knapp 300 T€.

Da es für die Einführung der MID eine Übergangsregelung bis zum Jahre 2016 gibt, werden diese Umsatzeinbrüche durch Wegfall der Ersteichung und Vorprüfung nicht unmittelbar, sondern über die kommenden Jahre verteilt, zunehmend wirksam.

Die MID beinhaltet jedoch so genannte "benannte Stellen", die Konformitätsbewertungsverfahren durchführen können. Hier besteht die Möglichkeit für die Eichdirektion Nord als benannte Stelle im Rahmen von Konformitätsbewertungsverfahren einen Teil des Einnahmeausfalls zu kompensieren.

Einschnitte und Risiken für die Umsatzentwicklung sind weiterhin zu erwarten aus einer weiteren Verringerung der eichpflichtigen Gerätearten und einer weiteren Privatisierung von heute eichbehördlichen Tätigkeiten. Der Umfang der Privatisierungsmaßnahmen und der ggf. einhergehenden Verlängerung von Eichfristen kann z. Zt. nicht quantifiziert werden. Im Laufe der Jahre 2006 und 2007 werden hier mit der Detaillierung und Umsetzung eines geplanten neuen Mess- und Eichgesetzes genauere Zahlen zur Verfügung stehen.

Die Eichdirektion Nord muss sich auf diese zukünftigen Entwicklungen jedoch durch geeignete Maßnahmen, die im nächsten Abschnitt beschrieben werden, einstellen.

Vor dem Hintergrund der allgemeinen Finanzlage und den oben beschriebenen Veränderungen im Mess- und Eichwesen ist ein Ersatz für altersbedingte Personalabgänge im Bereich der Eichdirektion Nord z. Zt. kaum möglich. Für das Jahr 2006 beträgt der Personalrückgang 6 Personen. Dieser Personalabgang ist regional unterschiedlich, wodurch insbesondere in der Dienststelle Hamburg entscheidende Positionen im operativen Geschäft nicht besetzt sind. Es sind Maßnahmen zu ergreifen, um durch Organisations- und Strukturveränderungen die Arbeitsbereiche aufrecht zu erhalten. Weiterhin muss sichergestellt werden, dass die operativen Einheiten, dies sind z. Zt. die Dienststellen, über eine hinreichende Mitarbeiterzahl verfügen, um Kompetenz und Flexibilität für die Planung und Durchführung der Aufgaben zu erhalten.



Da schon heute das Durchschnittsalter der Mitarbeiter bei ca. 48 Jahren liegt, muss mittelfristig eine Lösung gefunden werden, um auch bei Verringerung der Aufgaben eine tragfähige Personal- und Alterstruktur zu sichern.

#### **4. Geplante und eingeleitete Maßnahmen**

Zur Optimierung und Stabilisierung der wirtschaftlichen und technisch-fachlichen Situation der Eichdirektion Nord sind eine Reihe von Maßnahmen geplant und zum Teil in ersten Schritten eingeleitet.

Eine grundsätzliche Aufgabe für die Eichdirektion Nord ist die Sicherstellung und Weiterentwicklung der Mitarbeiterkompetenz und die gezielte Vorbereitung auf sich verändernde Rahmenbedingungen.

In diesem Zusammenhang ist die schon in ersten Schritten eingeleitete Einführung eines Qualitätsmanagementsystems weitergeführt worden. Im Jahre 2006 wird das QM-System intern in allen seinen Bestandteilen funktionsfähig sein, so dass spätestens Anfang 2007 eine offizielle Anerkennung und Zertifizierung erfolgen kann. Dies ist Grundlage für die fachlich-technische Eigenkontrolle und wichtige Basis für die Arbeit als benannte Stelle im Rahmen der europäischen Messgeräte-Richtlinie MID.

Im Jahre 2006 erfolgte bereits die Zertifizierung eines Mitarbeiters als international anerkannter DGQ-Auditor, der nun auch im Rahmen der Konformitätsbewertung arbeiten kann.

Zum Erhalt und zur Verbesserung der Fachkompetenz im Hinblick auf den weiteren Personalrückgang sowie die steigenden Anforderungen bei der Messgerätetechnik und den anspruchsvolleren Aufgaben im Bereich der Konformitätsbewertung ist eine Neustrukturierung der Eichdirektion Nord in Fachbereiche geplant.

Durch die bisherige, historisch gewachsene Dienststellenstruktur sind Zuständigkeiten und Fachkompetenzen weit gestreut und gehen bei sich reduzierendem Personalbestand zum Teil verloren. In einer fach- und arbeitsgebietsorientierten Struktur in Fachbereichen können Kompetenzen gebündelt werden und Tätigkeiten zentralisiert werden. Dies trägt auch zur - durch die Gründung der Anstalt geplanten - besseren Nutzung von Synergien bei.

Sowohl auf Grund der sinkenden Personalstärke als auch aus Kostengründen muss eine Reduzierung der Zahl der Dienststellen in Schleswig-Holstein kurzfristig ins Auge gefasst werden. Durch die Zusammenlegung von Dienststellen kann zum einen eine arbeitsfähige Struktur sichergestellt werden, zum anderen können die Kosten für die Liegenschaften und die damit verbundene Infrastruktur reduziert werden. Dies ist zwingend notwendig, um ggf. durch gesetzliche Neuregelung wegfallende Einnahmen zumindest teilweise zu kompensieren. Z. Zt. erfolgt die Prüfung dieser Möglichkeit vor dem Hintergrund vertragsrechtlicher Bindungen (Mietverträge).

Die Kosten- und Leistungsrechnung in der Eichdirektion Nord ist erfolgreich eingeführt und verfügt mit Ende des 2. Geschäftsjahres über einen Datenbestand, der den Aufbau eines Controlling-Systems ermöglicht, das der Leitung der Eichdirektion Nord, aber auch den Leitern der Dienststellen eine detaillierte und zeitnahe Information über den Geschäftsverlauf gibt. Hierdurch ist das rechtzeitige Erkennen von Veränderungen oder Einbrüchen auf dem Markt zeitnah möglich. Auch wird mit einem geeigneten Controlling- und Prognoseprogramm die zukünftige Planungssicherheit erhöht.

Die Struktur für ein solches Programm ist erstellt. Die Erprobung und Umsetzung erfolgt im Jahr 2006.

Kiel, 27. Juni 2006

Eichdirektion Nord

---

Jürgen Ehlers

---

Dr. Herbert Weit

## Anlage 3.5

### Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Eichdirektion Nord für das Geschäftsjahr vom 01.01.2005 bis 31.12.2005 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Staatsvertrages und der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstandes der Eichdirektion Nord. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen des Staatsvertrages und der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Eichdirektion Nord. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Eichdirektion Nord und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Kiel, 28. Juli 2006

**Treurat GmbH**  
Treuhand- und Beratungsgesellschaft  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Steuerberatungsgesellschaft

(Niemeyer)  
Wirtschaftsprüfer

(Jordan)  
Wirtschaftsprüfer

**Nachweis der Feststellungen  
zur Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung  
und  
zu den wirtschaftlichen Verhältnissen  
für das Geschäftsjahr 2005**

**der  
Eichdirektion Nord  
Düppelstraße 63  
24105 Kiel**

*Fragenkreis 1:*

Zusammensetzung und Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung

- a) Sind die Verteilung der Aufgaben im Geschäftsverteilungsplan und die Einbindung des Überwachungsorgans oder der Ausschüsse in die Entscheidungsprozesse der Geschäfts-/Konzerngeschäftsführung sachgerecht?

Die Gesellschaft besitzt folgende Organe

- den Vorstand
- den Verwaltungsrat

(Siehe Anlage 1 des Prüfungsberichts)

Nach unseren Feststellungen ist die grundsätzliche Verteilung der Aufgaben und die Einbindung des Überwachungsorgans in der Satzung sachgerecht geregelt.

- b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?

Im Berichtszeitraum haben 3 Sitzungen des Verwaltungsrats stattgefunden. Es wurden Niederschriften erstellt.

- c) Hat der Abschlussprüfer an der Bilanzsitzung des Überwachungsorgans teilgenommen?

Ja, auf der Sitzung vom 05. Juli 2005.

- d) In welchen weiteren Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Absatz 1 Satz 3 des Aktiengesetzes sind die einzelnen Mitglieder des Vorstandes tätig?

Keine.

Fragenkreis 2:

Regelungen für Überwachungsorgan und Geschäftsleitung

- a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens?

Im Staatsvertrag sind Aufgaben und Befugnisse von Vorstand und Verwaltungsrat geregelt. Näheres regelt die Satzung vom 23.12.2003 und der Geschäftsverteilungsplan.

Unseres Erachtens ist diese Regelungen für die Betriebsgröße und -struktur ausreichend.

- b) Sind die Regelungen zur Konzernleitung (Konzernplanung, Konzernsteuerung, Konzernkontrolle) sachgerecht?

Entfällt, da ein Konzern nicht vorliegt.

- c) Sind in Tochterunternehmen des geprüften Unternehmens Vorgänge, die bei Durchführung im Mutterunternehmen der Zustimmung des Überwachungsorgans unterliegen würden, an die Zustimmung des Überwachungsorgans des Mutterunternehmens gebunden?

Entfällt, da ein Konzern nicht vorliegt.

*Fragenkreis 3:*

Aufbau und ablauforganisatorische Grundlagen

- a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten / Weisungsbefugnisse ersichtlich sind, wird danach verfahren und erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

Es liegt ein entsprechender Geschäftsverteilungsplan vor. Nach unseren Feststellungen ist dieser ausreichend; es wird grundsätzlich danach verfahren; bei Bedarf wird er angepasst.

- b) Ist sichergestellt, dass wesentliche miteinander unvereinbare Funktionen (z.B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind?

Nach unseren Feststellungen ja.

**Anlage 4**  
Seite 3

- c) Gibt es zur Sachbearbeitung Richtlinien, Arbeitsanweisungen und Arbeitshilfen und wird danach verfahren (z.B. Erlass und Stundung, Ausbuchung von Differenzen)?

Nach unseren Feststellungen ja.

- d) Gibt es geeignete Richtlinien für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung) und werden diese eingehalten?

Nach unseren Feststellungen ja.

- e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z.B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Nach unseren Feststellungen ja.

- f) Liegen schriftliche Dienstverträge mit den Mitgliedern des Vorstandes / der Geschäfts-/ Konzerngeschäftsführung / Werkleitung / Betriebsleitung vor?

Nach unseren Feststellungen ja.

*Fragenkreis 4:*

## Planungswesen

- a) Entspricht das Planungswesen - auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten - den Bedürfnissen des Unternehmens?

Nach unseren Feststellungen ja.

- b) Welche Planungsrechnungen (z.B. Ergebnisplanung, Wirtschaftsplan, Investitions- und Finanzplanung, Personalplanung) werden erstellt? Sind ggf. weitere Planungsrechnungen erforderlich oder gesetzlich vorgeschrieben?

Es wird gemäß § 10 der Satzung ein Wirtschaftsplan aufgestellt, der unseres Erachtens für den Betrieb ausreichend ist.

- c) Wie ist der Planungsprozess geregelt auch in Bezug auf den Konzern und wurden diese Regelungen eingehalten?

Der Planungsprozess ist wie folgt festgelegt:

1. Schätzung der Erträge und der Aufwendungen anhand der Vorjahreszahlen durch den Vorstand
2. Ermittlung notwendiger Investitionen durch den Vorstand
3. Aufstellung der Finanzierung durch den Vorstand
4. Erstellen der Stellenübersicht
5. Aufstellung des Wirtschaftsplanes
6. Vorlage des Wirtschaftsplanes im Verwaltungsrat
7. Beschlussfassung des Wirtschaftsplanes durch den Verwaltungsrat

Nach unseren Feststellungen werden diese Regelungen eingehalten.

- d) Werden Planabweichungen auch bei Strukturänderungen des Unternehmens bzw. des Konzerns systematisch untersucht?

Nach unseren Feststellungen liegen 2005 keine Strukturänderungen vor.

- e) Werden in der Investitionsplanung Projekte, die in einem sachlichen Zusammenhang mit anderen Projekten stehen, so aufgeführt, dass dieser Zusammenhang erkennbar wird?

Nach unseren Feststellungen ja.

- f) Ist in der kurzfristigen Investitionsplanung ein bei einzelnen Projekten bestehender sachlicher Zusammenhang mit Projekten vorhergehender oder nachfolgender Perioden erkennbar?

Nach unseren Feststellungen ja.



*Fragenkreis 5:*

Rechnungswesen und Informationssystem und Controlling

- a) Entspricht die verfahrensübergreifende Organisation der DV im Rechnungswesen den gesetzlichen Vorschriften und anerkannten Regeln (z.B. über die formale Freigabe von Programmen durch den Anwender, die Zugangsberechtigungen, die Befugnis zum Änderungsdienst, die Aktualität der Dokumentation, die Datensicherung und den Datenschutz) und wird entsprechend verfahren?

Nach unseren Feststellungen ja. Das Rechnungswesen erfolgt über ein Programm der Firma Addison. Die Ordnungsmäßigkeit des vom Betrieb eingesetzten Buchhaltungsprogramms TopFib, Version 3.8.002, wurde nach Programmprüfung durch Prüfbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young AG vom 02.12.2004 bestätigt.

- b) Wurde die Ordnungsmäßigkeit im Berichtsjahr implementierter, rechnungslegungsrelevanter Verfahren vor Implementierung durch einen Sachverständigen geprüft?

Nach unseren Feststellungen wurden 2005 keine weiteren neuen Verfahren implementiert.

- c) Ist sichergestellt, dass die gesetzlichen Aufbewahrungspflichten beachtet werden?

Nach unseren Feststellungen ja.

- d) Entspricht das Rechnungswesen der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Nach unseren Feststellungen ja.

- e) Über welche Formen der Kostenrechnung verfügt das Unternehmen, liefert die Kostenrechnung brauchbare Ergebnisse und werden diese weiterverwertet?

Eine laufende Kostenrechnung besteht in Form einer Kosten- und Leistungsrechnung mit einer verursachungsgerechten Zuordnung auf Kostenstellen und Kostenträger, wobei die Zurechnung der Personalkosten derzeit noch auf personengruppenbezogenen Stundenverrechnungssätzen beruht. Diese Verrechnungssätze sind in regelmäßigen Abständen zu überprüfen.

- f) Bestehen eine laufende Liquiditätskontrolle, z.B. ein Liquiditätsmanagement, und eine Kreditüberwachung?

Nach unseren Feststellungen ja.

- g) Ist sichergestellt, dass Gebühren vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt und eingezogen werden? Werden ggf. angemessene Abschlagszahlungen eingefordert?

Nach unseren Feststellungen ja.  
Abschlagszahlungen sind nicht vorgesehen.

- h) Besteht ein Controlling, umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/ Konzernbereiche und wie ist es im Unternehmen organisatorisch angesiedelt?

Ein Controlling als eigenständige Stelle erfolgt auf Grund der Unternehmensgröße nicht. Nach unserer Einschätzung ist das vorhandene Rechnungs- und Planungsinstrumentarium ausreichend.

- i) Ermöglicht das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht?

Entfällt, da keine Tochterunternehmen.

- j) Bietet das interne Informationssystem die Voraussetzungen dafür, dass die Führungsebenen die für ihre Tätigkeit notwendigen Informationen von der Geschäfts-/ Konzernführung zeitnah erhalten? Ergeben sich Anhaltspunkte dafür, dass diese nicht ausreichend genutzt werden?

Nach unseren Feststellungen bietet das interne Informationssystem derartige Voraussetzungen. Wir haben keine Feststellungen getroffen, dass diese nicht ausreichend genutzt würden.

#### *Fragenkreis 6:*

##### Risikofrüherkennungssystem

- a) Hat die Geschäfts-/Konzerngeschäftsführung nach Art und Umfang geeignete Frühwarnsignale definiert, mit deren Hilfe latente Risiken rechtzeitig erkannt werden können?

An einem strukturierten und dokumentierten Risikofrüherkennungssystem wird seit Ende 2005 gearbeitet und soll Mitte 2006 getestet werden. Der Vorstand hat durch organisatorische Maßnahmen (WinDEICH-Informationssystem) Vorsorge getroffen, latente Risiken rechtzeitig zu erkennen.

- b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen?

Siehe a).

- c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert? Wird deren Beachtung bzw. Durchführung in der Unternehmenspraxis sichergestellt?

Siehe a).

- d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit den aktuellen Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Siehe a).

### *Fragenkreis 7*

#### Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

- a) Hat die Geschäfts-/Konzerngeschäftsführung den Geschäftsumfang zum Handel mit Finanzinstrumenten sowie mit anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten festgelegt? Dazu gehört:

- In welchen Produkten/Instrumenten darf gehandelt werden?
- Mit welchen Partnern darf bis zu welchen Beträgen gehandelt werden?
- Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?
- Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z. B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z. B. antizipatives Hedging)?

Nach unseren Feststellungen werden derartige Geschäfte nicht getätigt.

- b) Werden Zinsderivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken?

Entfällt, siehe a)

- c) Hat die Geschäfts-/Konzerngeschäftsführung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt insbesondere in Bezug auf

- Erfassung der Geschäfte
- Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse
- Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung
- Kontrolle der Geschäfte?

Entfällt, siehe a).

- d) Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht dem Hedging dienende Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?

Entfällt, siehe a).

- e) Hat die Geschäfts-/Konzerngeschäftsführung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?

Entfällt, siehe a).

- f) Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzerngeschäftsführung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?

Entfällt, siehe a).

#### *Fragenkreis 8:*

##### Interne Revision

- a) Besteht eine interne Revision / Konzernrevision als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?

Eine interne Revision existiert nicht. Aufgrund der Unternehmensgröße ist unseres Erachtens eine interne Revision nicht erforderlich. Dafür hat der Vorstand den Verwaltungsrat regelmäßig, mindestens vierteljährlich, über den Gang der Geschäfte und die Lage der Eichdirektion Nord zu informieren (§ 8 Abs. 1 der Satzung). Dies ist geschehen.

- b) Wie ist die Anbindung der internen Revision / Konzernrevision im Unternehmen / Konzern?

Entfällt, siehe a).

- c) Bestehen Anhaltspunkte dafür, dass die interne Revision / Konzernrevision nicht anforderungsgerecht besetzt ist?

Entfällt, siehe a).

- d) Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der internen Revision / Konzernrevision? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?

Entfällt, siehe a).

- e) Hat die interne Revision / Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?

Entfällt, siehe a).

- f) Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der internen Revision / Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die interne Revision / Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?

Entfällt, siehe a).

- g) Hat die interne Revision ihre Schwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?

Entfällt, siehe a).

*Fragenkreis 9:*

Versicherungsschutz

- a) Ist für den Prüfer erkennbar, dass wesentliche, üblicherweise abgedeckte Risiken nicht versichert sind?

Nach unseren Feststellungen nein.

- b) In welcher Höhe haben sich im abgelaufenen Geschäftsjahr Schadenfälle als un- bzw. unterversichert erwiesen?

Nach unseren Feststellungen keine.

- c) Wird der Versicherungsschutz regelmäßig aktualisiert?

Nach unseren Feststellungen ja.

*Fragenkreis 10:*

Zustimmungsbedürftige Rechtsgeschäfte und Maßnahmen

- a) Ist die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen jeweils eingeholt worden?

Der Wirtschaftsplan für 2005 wurde am 05. Juli 2005 durch den Verwaltungsrat genehmigt.

Der Verwaltungsrat wurde beim Abschluss des Vertrages mit T-Systems beteiligt.

- b) Ist anderweitigen Regelungen und Vorgaben entsprochen worden?

Die Bestimmungen der Satzung und anderer Vorgaben für den Vorstand und den Verwaltungsrat wurden nach unseren Feststellungen beachtet.

- c) Sind anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden (z.B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?

Nach unseren Feststellungen nein.

- d) Waren die Unterlagen, die die Geschäfts- / Konzerngeschäftsführung dem Überwachungsorgan zur Verfügung gestellt hat, geeignet, um diesem eine nach betriebswirtschaftlichen Erkenntnissen sinnvolle Entscheidung zu ermöglichen (z.B. worst, real und best case Varianten sowie Risikoaspekte)?

Nach unseren Feststellungen ja.

*Fragenkreis 11:*

Übereinstimmung der Geschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

- a) Stimmen die Geschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans überein?

Nach unseren Feststellungen ja.

- b) Hat das Unternehmen seine gesetzlichen Pflichten zur Offenlegung des Jahres- / Konzernabschlusses des Vorjahres (z. B. gem. § 325 HGB) erfüllt?

Ein Jahresabschluss wurde erstmalig für 2004 aufgestellt und in den Amtsblättern Hamburg und Schleswig-Holstein veröffentlicht worden.

*Fragenkreis 12:*

Berichterstattung an das Überwachungsorgan

- a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßigen Bericht erstattet?

Nach unseren Feststellungen ja; im Wirtschaftsjahr 2005 fanden nach den uns vorgelegten Protokollen 3 Sitzungen des Verwaltungsrats statt.

- b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Eindruck von der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens / Konzerns und der wichtigsten Unternehmens- / Konzernbereiche? Werden Strukturveränderungen in Überleitungsrechnungen berücksichtigt?

Nach unseren Feststellungen ja.

- c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen und wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Nach unseren Feststellungen ja.

- d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts- / Konzerngeschäftsführung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

Nach unseren Feststellungen und den erhaltenen Angaben hat der Verwaltungsrat keine solche Berichte (§ 90 Abs. 3 AktG) angefordert.

- e) Gibt es Anhaltspunkte dafür, dass die Berichterstattung (z. B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?

Nach unseren Feststellungen nein.

*Fragenkreis 13*

Durchführung von Investitionen

- a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen und immaterielle Anlagewerte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?

Nach unseren Feststellungen trifft diese Frage für diese Betriebsstruktur nur bedingt zu, soweit relevant erfolgt eine Prüfung.

- b) Waren die Unterlagen / Erhebungen zur Preisermittlung ausreichend, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z.B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?

Nach unseren Feststellungen ja.

- c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?

Nach unseren Feststellungen ja.

- d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

Nach unseren Feststellungen liegen keine Überschreitungen vor.

- e) Wurden bei bezuschussten Investitionen Auflagen der Zuschussgeber beachtet?

Nach unseren Feststellungen wurden keine Zuschüsse bewilligt.

*Fragenkreis 14:*

Auftragsvergabe, Lieferverpflichtungen und Entgeltregelungen

- a) Liegen offenkundige Verstöße gegen Vergaberegeln (z.B. die VOB, die VOL, die VOF, EU-Regelungen) vor?

Nach unseren Feststellungen nein.

- b) Werden ansonsten Konkurrenzangebote eingeholt und berücksichtigt, bei Konzernunternehmen auch innerhalb des Konzerns (last-call-Regelungen)?

Nach unseren Feststellungen ja.

- c) Werden wichtige Liefer- und Abnahmeverträge vor Abschluss und während ihrer Abwicklung auf ihre innerbetrieblichen Auswirkungen untersucht?

Nach unseren Feststellungen ja.



- d) Liegen den vertraglichen Beziehungen zu Abnehmern / Benutzern allgemeine privatrechtliche Vertragsbedingungen oder öffentlich-rechtliche Satzungen zugrunde und werden diese jeweils auf dem laufenden Stand gehalten? Stehen privatrechtliche und öffentlich-rechtliche Entgeltregelungen offensichtlich nicht in Einklang mit der Rechtslage (z.B. VOPR 30/53, Gebührenrecht)?

Die Gebührenregelungen beruhen auf der bundeseinheitlichen Eichkostenverordnung.

*Fragenkreis 15:*

Ungewöhnliche Abschlussposten und stille Reserven

- a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?  
Nach unseren Feststellungen nein.
- b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?  
Nach unseren Feststellungen nein.
- c) Sind nach Art, Umfang und/oder Konditionen ungewöhnliche Kredite aufgenommen oder gewährt worden?  
Nach unseren Feststellungen nein.
- d) Sind Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen nach Art und/oder Umfang ungewöhnlich und sind sie im Jahresabschluss ausreichend erläutert worden?  
Nach unseren Feststellungen nein.
- e) In welchen Posten bestehen wesentliche stille Reserven?  
Nach unseren Feststellungen bestehen keine nennenswerten stillen Reserven.

*Fragenkreis 16:*

## Finanzierung

- a) Sind längerfristig gebundene Vermögenswerte in ausreichendem Umfang langfristig finanziert?

Nach unseren Feststellungen ja.

- b) Sind formal kurzfristige Vermögenswerte nur längerfristig realisierbar?

Nach unseren Feststellungen nein.

- c) Ist die Liquidität des Unternehmens / Konzerns ausreichend gesichert, z. B. durch ausreichende Kreditlinien oder einen konzerninternen Finanzausgleich sowie Abstimmung von Fremdkapitalaufnahme und Kapitalbedarf?

Nach unseren Feststellungen ja.

- d) In welchem Umfang erwirtschaftet das Unternehmen die benötigten Mittel aus eigener Kraft?

Die Eichdirektion war in 2005 in der Lage, aus dem Cash-Flow in Höhe von T€ 1.148 Investitionen in Höhe von T€ 255 zu tätigen.

- e) Erfolgt eine Kreditüberwachung und ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

Nach unseren Feststellungen existiert ein ausreichendes Mahnwesen.

- f) Werden für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen Vergleichsangebote eingeholt?

Nach unseren Feststellungen ja. Es wurden in 2005 nur kurzfristige Termingelder angelegt.

- g) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?

Entfällt, da kein Konzern.

- h) Werden längerfristige Guthaben der laufenden Konten angemessen verzinslich angelegt?

Entfällt, da keine eigenen längerfristigen Guthaben vorhanden sind. Ein Liquiditätsüberschuss war im Geschäftsjahr nur kurzfristig angelegt.

- i) Werden Kreditbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften zu angemessenen Konditionen abgewickelt?

Entfällt, siehe g).

- j) Besteht ein zentrales Cash-Management und werden die hierfür geltenden Regelungen eingehalten?

Entfällt, siehe g).

- k) Gibt es Anhaltspunkte dafür, dass Leasing oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

Nach unseren Feststellungen nein.

- l) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz- / Fördermittel der öffentlichen Hand erhalten?

Nach unseren Feststellungen wurden im Geschäftsjahr 2004 einmalige Liquiditätshilfen der Trägerländer in Höhe von T€ 470 sowie in 2004 und 2005 Abschläge auf den Verlustausgleich geleistet.

#### *Fragenkreis 17:*

##### Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

- a) Verfügt das Unternehmen über eine angemessene Eigenkapitalausstattung? Bestehen Finanzierungsprobleme auf Grund der Eigenkapitalausstattung?

Die Eigenkapitalausstattung ist angemessen, es bestehen keine Finanzierungsprobleme.

- b) Ist die Gewinnverwendung (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Die rechtlichen Vorgaben sehen Regelungen zum vollständigen Verlustausgleich vor. Daher keine Gewinnverwendung.

- c) Sind Maßnahmen zur Verbesserung der Vermögens- und Finanzlage erforderlich?

Nach uns erteilten Auskünften sollten Änderungen bezüglich der Gebührenhöhe geprüft werden. Wegen Veränderungen der gesetzlichen Grundlagen ist hier keine kurzfristige Verbesserung zu erwarten.

*Fragenkreis 18:*

Rentabilität / Wirtschaftlichkeit

- a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens / Konzerns nach Segmenten / Konzernunternehmen zusammen?

Entfällt.

- b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Nach unseren Feststellungen ja. Für die Altersteilzeit und für Beihilfeverpflichtungen wurden erstmalig die Werte aus einem versicherungsmathematischen Gutachten ermittelt, was zu erhöhten Personalaufwendungen führte.

- c) Werden Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften (bzw. mit den Gesellschaftern / der Gemeinde) zu angemessenen Konditionen abgewickelt?

Nach unseren Feststellungen sind die Kostenerstattungen und der Verlustausgleich durch die Anstaltsträger angemessen.

- d) Wie hoch sind die Innenumsätze bei den einzelnen Konzernunternehmen und wie hoch sind deren Anteile am jeweiligen Gesamtumsatz? Haben sich gegenüber dem Vorjahr wesentliche Veränderungen ergeben?

Entfällt.

- e) Wie setzt sich eine erhobene Konzernumlage inhaltlich und zahlenmäßig zusammen?

Entfällt.

- f) Bestehen erwähnenswerte Überkapazitäten oder Kapazitätsengpässe?

Nach unseren Feststellungen nein.

- g) Wurden in größerem Umfang stille Reserven aufgelöst?

Nach unseren Feststellungen nein.

h) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Entfällt; eine Konzessionsabgabe ist nicht abzuführen.

i) Werden Netzverluste ermittelt und sind sie vertretbar?

Entfällt, da die Anstalt keine Versorgungs- bzw. Entsorgungsnetze betreibt.

*Fragenkreis 19:*

Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

a) Gab es verlustbringende Geschäfte und was waren ihre Ursachen? Waren die Verluste beeinflussbar?

Nach unseren Feststellungen waren die Verluste nicht beeinflussbar. Der Eichdirektion wurden Aufgaben übertragen, für die teilweise keine Gebühren erhoben werden dürfen. Die Ergebnisse der Kostenrechnungen sollten zukünftig bei der Gebührenberechnung Berücksichtigung finden. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Gebühren durch bundeseinheitliche Regelungen festgelegt werden.

b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Siehe a).

c) Bestehen besondere Risiken aus schwebenden Geschäften?

Nach unseren Feststellungen und den erhaltenen Auskünften nicht.

*Fragenkreis 20:*

Jahresfehlbetrag und seine Ursachen

a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Der gegenüber dem Vorjahr erhöhte Verlust hat seine wesentlichen Ursachen im erhöhten Personalaufwand. Für die Altersteilzeit und für Beihilfeverpflichtungen wurden erstmalig die Werte aus einem versicherungsmathematischen Gutachten ermittelt. Darüber hinaus sind bei den Pensionsverpflichtungen die ab dem Jahr 2005 gültigen Richttafeln von Klaus Heubeck angewandt worden.

Dieser Verlust entspricht aber ungefähr dem erwarteten Verlust lt. Wirtschaftsplan.

- b) Sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages betriebsbedingt (z.B. Verlustartikel, unwirtschaftliche Produktion / Verwaltung, unzulängliche Organisation) oder ist der Verlust in erster Linie auf außerbetriebliche Vorgänge (z.B. konjunkturelle Entwicklung, Änderung der Wettbewerbsverhältnisse, Überkapazitäten in der Branche) zurückzuführen?

Siehe a).

*Fragenkreis 21:*

Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

- a) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Innerbetriebliche Maßnahmen zur Optimierung der Geschäftsprozesse sind Ende 2005 / Anfang 2006 angelaufen und werden voraussichtlich im 2. Halbjahr 2006 umgesetzt. Mittelfristig wird angestrebt, die Gebühren kostendeckend anzupassen (vgl. Fragenkreis 19 a).

- b) Sind weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage erforderlich?

Nach unseren Feststellungen nach dem derzeitigen Kenntnisstand nicht.